

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
24. Juni 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Maria Zettin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Baseler Aktion. Von Rosa Luxemburg. — Zur Frage eines einheitlichen Internationalen Sozialistischen Frauenkongresses. Von Hilja Pärfinen. — Katharina Breschlo-Breschlowskaja. Von Edda Tenenbaum. — Material zur Tagesordnung der dritten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Wien: 1. Aus Holland. Von Heleen Antersmit. — Fördern wir die Entwicklung unserer Jugend! Von Hedwig Scholz. — Der zehnte Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von sk.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen. — Jahresbericht der Genossinnen des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises. — Politische Rundschau. Von A. Th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation in Nürnberg. Von Helene Grünberg. — Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Kottzentel: Dienstbotenfrage. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

## Die Baseler Aktion.

Die deutsch-französische Verständigungsaktion, die im vergangenen Frühjahr in Bern ihren Anfang nahm und jüngst in Basel zu einer bleibenden Einrichtung geworden ist, gehört zu jenen Improvisationen des Parlamentarismus, denen man im besten Falle mit einem lachenden und einem weinenden Auge zusehen kann. Daß zwischen den Millionen des arbeitenden Volkes in Deutschland wie in Frankreich kein Gegensatz besteht, vielmehr engste Solidarität der Interessen, daß die berufene Vertreterin dieser Millionen, die Sozialdemokratie, diesseits wie jenseits der Vogesen ein Hort des Friedens, eine feste Burg der Völkerbrüderung ist: das ist so vielmal auf Kongressen ausgesprochen worden und wird bei jeder Gelegenheit im Tageskampf so unzweideutig vertreten, daß ein besonderes Komitee zur Verständigung zwischen deutschen und französischen Arbeitern als ganz überflüssig erscheinen würde.

Der Schwerpunkt der Baseler Aktion liegt offenbar in der Beteiligung bürgerlicher Politiker aus beiden Ländern. Wo das Licht ist, aber auch der Schatten des Unternehmens. Daß der Sunnenpastor Naumann, der auf die Chinaexpedition und auf die afrikanische Kolonialpolitik Lobgesänge anstimmte; daß der Freijimn, der sich in den Sottentottenwahlen an dem Militarismus prostituiert hat; daß das Zentrum, dem wir speziell die deutsche Schlachtflotte verdanken; daß sie alle plötzlich als Apostel des Völkerfriedens neben der Sozialdemokratie auftreten können, scheint uns eher ein Verlust denn ein Gewinn für die Sache zu sein. Nicht als ob wir die Handvoll bürgerlicher Parlamentarier, die sich in Basel einfanden, persönlich für Kriegsfanatiker hielten. Im Gegenteil! Wir trauen einem Pfarrer Naumann gewiß nicht zu, daß er auch nur ein Huhn zu schlachten imstande wäre, und glauben gern den Herren Welzer, Holz und Voller, daß sie aufrichtig den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wünschen. Nur hängen Frieden und Krieg zwischen den Völkern leider nicht von den subjektiven Wünschen und dem guten Herzen der Parlamentarier ab, sondern von objektiven materiellen Triebkräften der kapitalistischen Entwicklung, und es war von jeher der Stolz

und die Stärke der sozialdemokratischen Aufklärung, daß sie in den Massen keine Illusionen über jene Triebkräfte aufkommen ließ.

In der Ohnmacht gegen die Tendenzen der eigenen Gesellschaftsordnung liegt die sterbliche Seite aller bürgerlichen Friedensaktionen und auch die Quelle ihrer krausen Widersprüche. Wenn Léon Bourgeois, einer der eifrigsten Vorkämpfer der Friedensliga in Frankreich, für die dreijährige Dienstzeit seine Lanzen bricht, wenn Verta v. Suttner den Raubzug der amerikanischen Petroleummagnaten in Mexiko als notwendiges „Ordnungszwingen“ preist: so sind sich diese Herrschaften in ihrem widerspruchsvollen Verhalten durchaus gleichwertig. Die Entlarvung der inneren Hohlheit und Zweideutigkeit der bürgerlichen Friedensschwärmerei war stets Aufgabe der Sozialdemokratie, und der Gegensatz zu jener Richtung steht sogar an der Wiege unserer Bewegung. Es war bekanntlich in der alten Internationale einer von den Streitpunkten zwischen Marx und Bakunin, daß letzterer die sozialistische Vertretung des Proletariats an die bürgerliche Friedensliga anknüpfen wollte, während Marx diese Bakuninsche Konfusion unbarmherzig geißelte. Wenn die reinliche Scheidung ihm angezeigt war zu einer Zeit, als die bürgerliche Friedensbewegung noch in ihrer Maidenblüte stand, so dürfte sie nicht minder notwendig heute sein, in der Ara des Imperialismus, nachdem der letzte Rest der bürgerlichen Opposition gegen die militärischen Orgien in allen Ländern geschwunden ist.

Man braucht freilich nicht gerade vom Distelstrauch Feigen pflücken wollen und von bürgerlichen Parlamentariern einen ernsthaften Widerstand gegen den Militarismus erwarten. Unsere Genossen aus Deutschland wie aus Frankreich, die bei der Baseler Verständigung mitmachten, täuschen sich gewiß nicht einen Augenblick darüber, daß die Herren Hausmann, Naumann und die anderen parlamentarischen Namen aus beiden Ländern keine ernst zu nehmenden Vürgen des Völkerfriedens sind, so wenig wie das Haager Kasperletheater von des blutigen Zaren Gnaden ein Zempel der Völkerbrüderung ist. Worauf es unseren Genossen ankommt, ist im Grunde genommen ein ganz bescheidenes Ziel: die möglichste Eindämmung der Kriegsheereien in Frankreich wie in Deutschland, eine gewisse Beruhigung der öffentlichen Meinung, damit die chauvinistischen Treibereien deutscher wie französischerseits es nicht allzu leicht haben mit ihrer vergiftenden Beeinflussung der Bevölkerung, namentlich der leicht erregbaren kleinbürgerlichen Schichten.

In diesem bescheidenen Maße mag die Baseler Verständigungsaktion gewiß ihr Gutes stiften. Nur dürfte dieses Gute nicht durch einen viel größeren Schaden erkaufte werden, nämlich durch die Verdunkelung des klaren Klassenbewußtseins beim Proletariat. Eine solche Verdunkelung wäre aber zu befürchten, wenn das bescheidene Zwischenspiel von Basel zu einer weltgeschichtlichen Tat, zu einer Etappe „auf dem Wege zum Weltfrieden“ aufgebauscht werden sollte. Sie ist vor allem zu befürchten, wenn wir auch bei dieser kleinen Aktion nicht wenigstens jene bescheidensten Vorbehalte machen, die für die bürger-

lichen Friedensfreunde erst die Grenze zwischen schaler Posse und ernsthaftem Willen ziehen.

Wenn wir in einer parlamentarischen Stichwahl dem bürgerlichen Kandidaten unsere Unterstützung leihen, verlangen wir nicht, daß ein lendenlahmer Liberaler den Revolutionslöwen markiert, wir stellen ihm aber bestimmte Bedingungen, die nach dem Maße seiner Leistungsfähigkeit zugeschnitten sind. Wir können gewiß von Nationalliberalen, Freisinnigen und Zentrumsleuten nicht erwarten oder verlangen, daß sie nach unserem Vorbild grundsätzliche Gegner des Militarismus werden. Wir können aber ebensowenig eine ständige Friedensaktion gemeinsam mit Leuten unterhalten, die freischweg von den Friedensbanketten und -reden für neue Militärvorlagen stimmen. Der Angelpunkt unserer Agitation gegen die militärischen Rüstungen ist der Hinweis darauf, daß sie mit unvermeidlicher Notwendigkeit zu Kriegen führen, daß somit, wer für die Vergrößerung der Heere eintritt, damit die Verantwortung für künftige Kriegskatastrophen auf sich nimmt. Daraus ergibt sich für uns die unabweihsame Pflicht, von den bürgerlichen Freunden der deutsch-französischen Verständigung wenigstens dies zu verlangen: daß sie von nun an gegen jede weitere Vermehrung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser in den beiden Parlamenten stimmen. Die sozialdemokratische Taktik verbietet uns durchaus nicht, die bürgerlichen Parteien in irgendeinem fortschrittlichen Vorhaben zu unterstützen. Wozu sie uns aber dabei verpflichtet, ist — die bürgerliche Politik durch unsere Mitwirkung vorwärts zu treiben und nicht etwa ihre Inkonsequenzen und Schwachheiten geduldig hinzunehmen und zu bemänteln.

Rosa Luxemburg.

### Zur Frage eines einheitlichen Internationalen Sozialistischen Frauentags.

I. K. Die Beteiligung der Proletarierin an dem Klassenkampf hat in dem letzten Jahrzehnt in allen Ländern mächtig zugenommen, wo die sozialistische Internationale festen Fuß gefaßt hat. Noch etwa zwanzig Jahre zurück war die proletarische Frauenbewegung mehr ein Gegenstand theoretischer Erörterungen unserer besten Vorkämpfer als praktisch bedeutsame Tatsache. Aber der Kapitalismus hat in seinem Siegeszuge in allen zivilisierten Ländern immer gewaltigere Massen proletarisiert und damit auch immer mehr und mehr Frauen in die Tretmühle der Lohnarbeit gezwungen. So ist die proletarische Frauenbewegung zur Tatsache geworden. Sie bildet nun einen kräftigen Zweig der politischen Machtentfaltung des modernen Proletariats.

Die sozialistische Frauenbewegung erhebt immer bewußter in jedem Lande ihr Haupt; von Jahr zu Jahr führt sie in unablässig wachsender Zahl Frauen der Arbeiterklasse den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu, die berufen sind, gegen den Kapitalismus und gegen den bürgerlichen Massenstaat den Kampf zur Befreiung von wirtschaftlicher und persönlicher Knechtschaft mitzukämpfen. Wenngleich die schwere Arbeit und die Härte der Ausbeutung an der Kraft der Proletarierin zehrt, ja sie verzehrt, so richtet sich nichtsdestoweniger die Arbeiterin, die Arbeiterfrau unter ihrer erdrückenden Würde auf und beteiligt sich in zunehmendem Maße an dem Kampfe für die Freiheit und für die Kultur, gleichsam hingerissen von der Zauberkraft des aufklärenden, befreienden Wortes. Damit bedeutet das zwanzigste Jahrhundert für die Sklavin des Kapitals ein neues Leben.

Wie einen Kriegsruf lassen die Proletarierinnen aller Länder laut und deutlich die Forderung des allgemeinen Wahlrechts erschallen. Die Beweise von dem schreienden Unrecht, dessen sich die Regierungen im Interesse einer geringen Zahl schwerreicher Leute schuldig machen, bringen bis in die dumpfigen Kellerwohnungen, in die staubigen Werkstätten und in die lärmerfüllten Fabrikräume, sie erwecken auch die Proletarierin. Auch diese erkennen und empfinden es bitter, daß die Arbeiterklasse systematisch von der politischen Macht ferngehalten wird

sowohl im Staate wie auch in der Gemeinde. Die Frau der Arbeiterklasse aber erst recht, denn mit Ausnahme einiger weniger Länder besitzt sie weder in der Gemeinde, noch im Staate volles Bürgerrecht. Obgleich die proletarische Frau in der Folge jeder Möglichkeit beraubt ist, bei der Beratung und Beschlußfassung über Gesetze mitzuwirken, die oft sehr tief in ihr Leben einschneiden, ist sie dennoch den Gesetzen gegenüber zur Achtung und zum Gehorsam verpflichtet, ohne Murren soll sie sich ihnen unterwerfen.

Dem Scheine nach soll die Gesetzgebung in der kapitalistischen Gesellschaft auch darauf abzielen, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu regeln, das Recht der Persönlichkeit sicherzustellen, Mittellose — Kinder und ertwerbsunfähige Alte — vor Elend zu schützen. Wie soll jedoch dieses Ziel erreicht werden, wenn der weitaus größte Teil der Bevölkerung von der Mitarbeit an dieser Gesetzgebung systematisch ferngehalten wird? Selbstverständlich kann eine so einseitige Gesetzgebung nur Früchte zeitigen, die deutlich bürgerlichen Klassencharakter tragen. So ist es zu begreifen, daß die Regierungen die Kriegsrüstungen wie im Fieberwahnsinn immer weiter steigern, daß sie Heer und Flotte „ausbauen“ auf Kosten der Zivilisation und aller Lebensbedürfnisse der Völker. In den modernen Staaten gleicht das soziale Leben der Völker einem Narrentanz. Derweilen ist aber in den meisten Ländern der größte Teil der Bevölkerung, insonderheit die proletarische Frau der Möglichkeit beraubt, in den Parlamenten, in den gesetzgebenden Körperschaften eine eigene, freigewählte Vertretung zu haben, die die Forderungen des Proletariats, das Ideal der Menschheitsbefreiung, der neuen Weltanschauung dort ungehindert und unzweideutig zum Ausdruck bringt.

Dasselbe Unrecht, dieselbe Rechtslosigkeit der breitesten Bevölkerungsschichten herrscht auch bei der Verwaltung der Gemeinden und feiert hier wahre Orgien. Und hier wie dort sind es die entrechteten Massen, deren schwache Schultern die Hauptlast der Steuern tragen müssen. Was Wunder, wenn angesichts dieser Tatsachen und der sich stetig mehr zuspitzenden Klassengegensätze das Volk erwacht!

Vor unseren Augen richten auch Tausende und aber Tausende Proletarierinnen sich auf und straffen stolz den von schwerer Arbeit gebeugten Rücken. Mit sorgendurchdrungenem Antlitz, aber mit verklärtem Blick treten sie mutig in den Kampf ein und fordern, was ihnen gebührt: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht zu gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften. In allen Ländern ist diese elementare politische Forderung von den proletarischen Frauentagen erhoben worden.

Diese elementare Forderung in Verbindung mit dem Gedanken des internationalen Charakters des sozialistischen Frauentags hat in allen Ländern mächtvollen und begeisterten Widerhall gefunden. Leider ist aber die Veranstaltung des Frauentags nicht so einheitlich gewesen wie die Forderung und der Widerhall, den sie ausgelöst hat. Noch fehlt der Beschluß, diesen Tag in allen Ländern zu der gleichen Zeit und mit gleicher Tagesordnung zu feiern. Preiseloses verleiht die Wahlrechtsforderung dem proletarischen Frauentag einen ungemein demonstrativen Charakter, der dadurch nur gewinnen kann, wenn Zeit und Tagesordnung der Kundgebung international festgelegt werden. Dadurch wächst die Kraft des Frauentags, die Proletarierinnen aller Länder mit einem heiligen Feuer der Begeisterung zu erfüllen und die Scharen unserer Kämpferinnen zu vergrößern. Aus diesem Grunde ist es wünschenswert, den Tag und die Tagesordnung des Frauentags für die Internationale der Genossinnen einheitlich festzulegen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat der letzte Delegiertentag des Verbandes sozialdemokratischer Frauen Finnlands beschlossen, der Internationalen Sozialistischen Frauentag in Wien folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen: „Die sozialistischen Frauenorganisationen respektive die sozialistischen Parteien aller Länder organisieren alljährlich im Spätherbst einen internationalen Frauentag. Das Datum des

Frauentags wird von der Konferenz festgesetzt. Die Tagesordnung hat als ersten Punkt zu enthalten: Die Internationale Sozialistische Frauenbewegung und das allgemeine Frauenwahlrecht. Den zweiten Punkt bestimmt jedes Land selbst, je nach der vorliegenden Situation und ihren Anforderungen."

Für den Verband Sozialistischer Frauen Finnlands:  
Miina Sillanpää, Vorsitzende.  
Aura Riiskinen, Schriftführerin.  
Silja Pärssinen.

Wir verweisen zu dem vorstehenden Vorschlag auf die ihm entgegenstehenden Gründe, wie sie kurz in der vorigen Nummer dargelegt worden sind, ausführlicher in Nr. 8 vom 8. Januar 1913 der „Gleichheit“.

Die Redaktion.

## Katharina Breschko-Breschkowskaja.

Am 25. Januar dieses Jahres feierte die Pariser Sektion der sozialrevolutionären Partei Rußlands den 70. Geburtstag der Genossin Breschko-Breschkowskaja, der „Großmutter der russischen Revolution“, wie diese erprobte Kämpferin allgemein genannt wird. Zu diesem Feste hatten sich nicht nur die Vertreter aller in Rußland wirkenden revolutionären Gruppen eingefunden, auch die gesamte sozialistische Internationale huldigte der Greisin, die ihren 70. Geburtstag im Gefängnis zu Irkutsk beging, wohin sie nach ihrer leider mißglückten Flucht aus der sibirischen Verbannung gebracht worden war. Es ist im allgemeinen bei den russischen Sozialdemokraten nicht Brauch, die Geburts- und Namenstage von revolutionären Kämpfern festlich zu begehen, mögen diese auch im dichtesten Sturme, auf dem verantwortlichsten Posten stehen. Die Sozialdemokratie lehnt ja den Personenkultus auf das entschiedenste ab, und Feste passen schlecht in den Rahmen der brutalen, blutigen russischen Wirklichkeit. Es mußte also ein triftiger Grund dafür vorhanden sein, daß die Sozialdemokratie von ihrer Regel abgewichen war, und daß sie sich überdies zu einer Feier mit der sozialrevolutionären Partei vereinigt hatte. Denn die russische Sozialdemokratie verwirft die Auffassung der sozialrevolutionären Partei von den treibenden Kräften der Revolution; sie lehnt deren Überzeugung über die Rolle der einzelnen Personen im geschichtlichen Entwicklungsprozeß ab; sie wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kampfmethoden jener Richtung. Was war es, das die Sozialdemokratie mit den Sozialrevolutionären zur Feier von Genossin Breschkowskajas Geburtstag zusammenführte? Die Gewißheit, daß das Leben und Wirken von Katharina Breschkowskaja so innig mit dem revolutionären Kampfe der Massen in Rußland verknüpft ist, daß ihre Ehrung eine Huldigung vor der revolutionären Befreiungsidee selbst bedeutete.

Katharina Breschko-Breschkowskajas Jugend fiel in die Zeit der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, in die Sturm- und Drangperiode der revolutionären Bewegung in Rußland. Es war die Zeit des „ins Volk gehen“, jenes wohl in der Geschichte der revolutionären Bewegungen aller Länder einzig dastehenden Kreuzzuges der Besten aus allen gesellschaftlichen Schichten, um den Unterdrückten und Leidenden zu helfen. Im Vorwort zum „Prozeß der 193“ lesen wir darüber: „Da waren halbwüchsige Buben und Mädchen, die die Schulbank verließen, Mädchen und Frauen aus aristokratischen Kreisen, Ingenieure, Friedensrichter, Studenten, reiche Gutsherren, Offiziere, die, vom allgemeinen Strom ergriffen, der Revolution ihre gesellschaftliche Stellung, Reichum, Glanz und Ehren opferten und freiwillig sich dem unvermeidlichen sicheren Untergang weiheten.“ Stepanjak, der diese Zeit selbst miterlebt hatte, schrieb in seinem „Unterirdischen Rußland“: „Von irgendwoher war ein mächtvoller Ruf erklungen an all die, deren Seele nicht tot war, das Vaterland und die Menschheit zu befreien. Und alle, deren Seele noch lebendig war, folgten diesem Rufe, erfüllt von Zorn und Schmerz über ihr bisheriges leeres und nutzloses Leben; sie verließen den heimatischen Herd, Stellung, Reichum und Familie und weiheten sich der Bewegung mit jener Begeisterung, jenem heißen leiden-

schaftlichen Glauben, der keine Hindernisse kennt, keine Opfer zählt, und für den Leid und sicheres Verderben nur ein brennender Antrieb zur Tätigkeit ist.“

Die Bewegung war keine solche der arbeitenden Massen; die neun Zehntel der Gesamtbevölkerung Rußlands bildenden Bauern lebten im tiefsten geistigen Dunkel. Die revolutionäre Gärung war aus der geistigen Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen geboren, die die Gebildeten aller Gesellschaftskreise ergriffen hatte, vom armen Dorfschreiber und hungernden Studenten bis hinauf zu den Söhnen und Töchtern des vornehmen Adels und der höchsten Würdenträger im Zarenreich. Der Krimkrieg hatte die fressenden Schäden am russischen Staatskörper mit blutiger Anschaulichkeit aufgedeckt. Er hatte die Käuflichkeit der Verwaltung gezeigt, die Unfähigkeit der Regierung und die Untauglichkeit des Heeres, das aus Leibeigenen bestand. Die Hoffnungen, die naiv gläubige Seelen auf den „liberalen“ Alexander II. gesetzt hatten, waren gar bald an den rauhen Tatsachen der „geheiligten“ Rechte zerfchelt, an denen der aufgeklärte Despot ebenso zäh festhielt wie sein stodreaktionärer Vater. Die „Epoche der großen Reformen“, die mit so gewaltigem Tamtam eingeleitet worden war und mit Hilfe der „Gesellschaft“ durchgeführt werden sollte, war jämmerlich im absolutistischen Sande verlaufen. Ja selbst die Aufhebung der Leibeigenschaft hatte die Gemüter nicht beruhigt, sondern nur noch mehr in Aufruhr versetzt, denn es stellte sich bald heraus, daß sie die verzweifelte Lage des russischen Bauern nicht verbesserte. Die Abgaben, mit denen er seine „Freiheit“ erkaufen mußte, fesselten ihn nur fester an die Scholle und überlieferten ihn der schrankenlosten Ausbeutung durch Bucherer, große Gutsherren und räuberische Beamte.

Die blutige Niederwerfung des polnischen Aufstandes schärfte das Gewissen der Besten und rief selbst bei vielen Offizieren im Heere offene Empörung hervor. Scharfsinnige Denker und Kritiker wie Tschernyschewsky und Herzen geißelten die Abel, die an ihrem Vaterland zehrten; geistvolle Schilderer des Volkslebens wie Pisemski, Dobroslubow und andere schürten den Zorn gegen das maßlose Elend, in dem die Bauernmassen rettungslos versunken schienen. Angeregt von den Ideen des westeuropäischen Sozialismus riefen die selbstlosesten und kühnsten Geister in Rußland zum Kampfe gegen die bestehende Ordnung. Die Gärung der Gemüter ergriff einen großen Teil des Zarenreichs. Selbst in offiziellen Schriftstücken, in denen sonst der Umfang revolutionärer Bewegungen gern verkleinert wird, mußte man feststellen, daß es „1874 bis 1875 fast kein Gouvernement gab, das nicht sozialistische Zirkel und Kolonien aufwies, und in 36 Gouvernements waren deutliche Anzeichen revolutionärer sozialistischer Propaganda vorhanden.“

Alein der Charakter dieser revolutionären Bewegung war nichts weniger als einheitlich und klar: es kreuzten und vermischten sich in ihr die verschiedensten Strömungen und Einflüsse. Es gab Gruppen, die sich zu Bakunins Anarchismus bekamen und sich unmittelbar an die Bauern wandten, um diese zur Rebellion, zum „sofortigen“ Umsturz zu rufen. Andere Revolutionäre suchten in Fabriken und Werkstätten zu dringen, um in langsame Aufklärungsarbeit die Arbeiter für den sozialistischen Kampf zu gewinnen. Der Ruf der alten Internationalen Arbeiterassoziation war nicht ungehört verklungen, und der Flammenschein der Pariser Kommune hatte nicht vergeblich in Rußlands Nacht geleuchtet. Allerdings, es waren nicht mehr oder weniger geklärte sozialistische Ideen allein, die in der russischen revolutionären Bewegung jener Zeit um Ausdruck und Verwirklichung rangen. Anfangs spielte in den Kreisen der „Intelligenz“, der Gebildeten, der sogenannte Nihilismus eine bedeutende Rolle. Allein obwohl er lange das Schreckgespenst aller bürgerlichen Schlämmigen war, auch in Westeuropa, so blieb er doch im Grunde eine recht harmlose Erscheinung. Wohl kämpfte der Nihilist der sechziger Jahre leidenschaftlich gegen die herrschende Religion, Ehe und Moral, wohl trat er nachdrücklich für die Gleichberechtigung der Frau ein, für die Freiheit der Persönlichkeit. Respektlos lehnte er sich

gegen jegliche Autorität und Tradition auf, mit dem allem war er jedoch kein revolutionärer Kämpfer, sondern blieb seinem innersten Wesen nach ehrlicher bürgerlicher Demokrat. Er rüttelte nicht an den Grundfesten der bestehenden Ordnung, und seine enge individualistische Auffassung hinderte ihn selbst in der Zeit des höchsten Schwungs der nihilistischen Bewegung, die Großzügigkeit des Grundsatzes zu begreifen, den alle sozialistischen Richtungen jener Tage auf ihre Fahne schrieben: Alles für das Volk, alles durch das Volk.

Katharina Breschkowskaja war in den Freiheits- und Gleichheitsideen ihres Vaters erzogen, eines adeligen Liberalen. In der Gründung von Sparcassen, Bildungsvereinen und Genossenschaften erblickte die tatendurstige Siebzehnjährige die Erlösung der leidenden Volksmassen von allen Übeln. Katharina verheiratete sich jung mit einem Manne, der ein eifriger Verfechter liberaler Auffassung war. Voll Begeisterung stürzte sie sich auf alle Arbeit, die nach dieser Auffassung der Dinge geeignet schien, der Kultur unter dem Volk eine Gasse zu bahnen. Dabei lernte sie bald erkennen, wie halb die Mittel, wie stumpf die Waffen waren, mit denen die Liberalen das soziale Übel zu überwinden wähten. Vor ihrem kritischen Blick brach das ganze Gebäude liberaler Volksbeglückung krachend zusammen. Angesichts des Trümmerhaufens ging jedoch der jungen Frau die Einsicht auf, daß dem Volke nur durch den revolutionären Kampf mit dem Sozialismus als Ziel geholfen werden könne.

Mit dieser Erkenntnis wurde Katharina Breschkowskaja vor eine schwere Entscheidung gestellt. Sie mußte sich entweder bescheiden, im liberalen Fahrwasser an ruhigen Ufern entlang weiter zu treiben, oder aber sie mußte mit ihrem ganzen bisherigen Leben brechen. Wollte sie der Stimme in ihrem Inneren folgen und sich frei, rückhaltlos in den machtvoll daherrauschenden Strom der revolutionären Bewegung stürzen, so gab es keine Wahl: Katharina Breschkowskaja mußte Hof und Herd verlassen, mußte alle Brücken hinter sich verbrennen und sich sogar für immer von ihrem Kinde trennen. Der Kampf dauerte nicht lange, aber er war hart. Schwerer als alles fiel die Rücksicht auf das Kind in die Waagschale, an dem Katharina mit der ganzen Blut ihres liebesstarken Herzens hing. Schließlich siegte die Revolution über die Mutter. 1877 riß sich Katharina von ihrem Kinde los und ging, einem höheren Pflichtgebot gehorchend, nach Kiew, wo sie sich einer kommunistischen Gruppe anschloß.

Nach einer kurzen Vorbereitungszeit nimmt sie die Arbeit auf, geht sie „ins Volk“. Sie legt Bauernkleider an, und damit die feine Haut nicht ihre Herkunft verrät, zerstört sie die Zartheit des Gesichts und der Hände mit ätzender Flüssigkeit. Als Färberin oder Linnenhändlerin wandert sie von Dorf zu Dorf. Ihr Bündel enthält außer der Leinwand einen falschen Paß und echte revolutionäre Aufrufe an das Volk. Hier verweilt sie länger, dort kürzer, je nachdem es die Umstände erlauben. Dieses Leben ist nicht nur reich an Mühsal und Entbehrungen, es bringt der jungen Sozialistin manch bittere Erfahrung, manch herbe Erkenntnis. In welch jugendlichem Glauben an die leichte Durchführbarkeit ihrer revolutionären Aufgabe sie sich in die Arbeit gestürzt hatte, das erzählt Katharina Breschkowskaja selbst in ihren „Erinnerungen und Gedanken“ (Sozialrevolutionär Nr. 4, 1912): „Als ich schließlich mit der liberalen Kulturarbeit brach und mich voll leidenschaftlicher Liebe der sozialistischen Arbeit hingab, zweifelte ich keinen Augenblick daran, daß meine neuen Mittel zum allgemeinen Heil den Bauern ebenso einleuchtend und verständlich sein würden, wie unsere früheren Unterhaltungen mit ihnen über die Notwendigkeit von Bildung und Aufklärung, die Gründung von Kreditkassen usw.“

Diese Hoffnung erlitt in der Praxis nur zu oft Schiffbruch. Zwar war der russische Bauer, wie Genossin Breschkowskaja weiter schildert, mit der Propagandistin in der Kritik der herrschenden Ordnung einig und erkannte rasch die Notwendigkeit, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Jedoch, „wenn die Rede auf den Zaren kam, so sagten die Bauern, durch das

vorhergegangene Gespräch feierlich und versöhnlich gestimmt, mir weich: Nein, Mütterchen, was den Zaren betrifft, so ist es unmöglich, daß er gegen uns ist; was wäre er für ein Herrscher, wenn er nicht einsehe, daß die Bauern nicht zugrunde gerichtet werden dürfen? Er ist kein Tor, er weiß, daß wir ihm Abgaben zahlen, daß wir seinen Staat erhalten, daß wir Rekruten für sein Heer geben. Sind aber Gesetze und Ordnung schlecht, so kommt dies von den Herren, denn sie umgeben den Zaren, sie schreiben Gesetze, wie sie ihnen passen; sie verbessern sie, wenn es ihnen dienlich ist, und handeln nur, wie es ihnen nützt, nicht aber, wie er es verlangt. Würde der Zar von all unseren Kränkungen, von all der Unbill, die die Herren uns zufügen, so würde er ihnen sicher gleich befehlen, den Bauern das Land herauszugeben.“

Nach dreieinhalbmonatiger Tätigkeit wurde Katharina mit einem Patet Proklamationen sozialistischen Inhalts verhaftet. Während ihrer kurzen „Agitationstour“ halte sie drei südliche Gouvernements durchwandert. Nach vierjähriger Untersuchungshaft kam sie im berühmten Prozeß der „193“ vor Gericht und wurde zu fünf Jahren Zwangsarbeit und zum Verlust aller ihrer Rechte verurteilt. Nicht lange danach machte Katharina Breschkowskaja 1881 einen Fluchtversuch, sie ward jedoch ergriffen und das Urteil lautete auf weitere vier Jahre Zwangsarbeit und vierzig Knutenhiebe. Die Furcht vor der öffentlichen Meinung hielt die Regierung jedoch davon ab, von dem schimpflichen Züchtigungsrecht Gebrauch zu machen, das keine Rücksicht auf Frauen kennt. Sie ließ durch den Gefängnisarzt feststellen, daß der Gesundheitszustand der Verurteilten eine körperliche Züchtigung ausschließe. Aber nun geschah etwas unerwartetes, seltenes, vielleicht einzig dastehendes: die Verurteilte fordert die Vollstreckung des Urteils, sie bestritt die Richtigkeit des ärztlichen Zeugnisses. Der zarischen Gnade zieht Genossin Breschkowskaja den Schimpf und den Schmerz der körperlichen Strafe vor, sie handmarkt außerdem durch ihre heroische Forderung die Feigheit der Regierung, die Gesetze schafft, vor deren Durchführung sie sich selbst scheuen muß. (Schluß folgt.)

## Material zur Tagesordnung der dritten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Wien.

### 1. Aus Holland.

1. Der Stand des Frauenwahlrechts. In Holland wie in anderen Ländern gibt es eine bürgerliche Bewegung für Frauenwahlrecht überhaupt und eine proletarische für das allgemeine Frauenwahlrecht, die von der sozialdemokratischen Partei geführt wird. Die erste Bewegung für das Wahlrecht der Frauen datiert schon von 1870, hatte keine politische Farbe und umfaßte alle Frauen, die für Gleichberechtigung ihres Geschlechts kämpften. 1886 wurde in Amsterdam ein sozialistischer Frauenverein gegründet, der in mehreren Städten Nachahmung fand; Frauen traten als Rednerinnen auf. Obgleich der Verein sich sozialistisch nannte, beschränkte er doch sein Wirken in der Hauptsache darauf, für die Frauen gleiches Recht mit den Männern zu fordern. Die von ihm getragene Bewegung wurde rein frauenrechtlerisch. Die Bahnbrecherinnen fanden Gefolgschaft, die „Freie Frauenbewegung“ entstand. 1894 gründeten bürgerliche Frauen die „Vereinigung für Frauenwahlrecht“. Diese Organisation umfaßt bis jetzt die bürgerlichen Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht. Neben ihr steht der „Verband für das Frauenwahlrecht“, der eine Propaganda- und keine Kampfvereinigung ist.

1894 wurde die sozialdemokratische Partei gegründet, und in ihr fanden die sozialistischen Frauen ihren Platz. Die sozialdemokratische Kammerfraktion veröffentlichte 1903 einen Wahlrechtsentwurf, der die direkte Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nicht enthielt. Sie konnte dies tun, ohne daß sich irgendwelcher Widerspruch gegen ihr Verhalten erhob. Doch bald trat ein Umschwung ein. 1906 stellten

die Frauen in der Partei den Antrag, daß diese das allgemeine Frauenwahlrecht in der Verfassung fordern sollte. Im Zusammenhang damit betrieben die Genossinnen eine eifrige Agitation unter den Frauen, die ihre Reihen mehrte. Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart 1907 brachte die Resolution über das Frauenwahlrecht. Die Kammerfraktion änderte ihren Wahlrechtsentwurf zur neuen Verfassung derart ab, daß darin auch für die Frauen das allgemeine Wahlrecht gefordert wurde. Seit dieser Zeit ist von der Partei der Kampf um diese Forderung ernstlich geführt worden, doch sind die Frauen dabei die treibenden Kräfte geblieben. 1910 wurde von der Partei eine Petitionsbewegung für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen veranstaltet. Die Petition erhielt 117 000 Frauen- und 200 000 Männerunterschriften. Seitdem hat der Kampf für das demokratische Wahlrecht sehr an Bedeutung gewonnen. Die Frauentage haben dazu mitgeholfen. Schon steht ein Frauenheer hinter der Forderung der sozialdemokratischen Partei und rührt sich, damit bei der bevorstehenden Verfassungsreform das allgemeine Wahlrecht des weiblichen Geschlechts gesichert werde.

Die kämpfende bürgerliche Frauenbewegung hat eine Petition für die verfassungsrechtliche Gleichstellung von Mann und Frau in Umlauf gesetzt. Dank der kräftigen Aktion der sozialdemokratischen Partei haben die bürgerlichen Frauen sich für diese Forderung entschließen müssen, wenn sie überhaupt Aussicht auf die politische Gleichberechtigung haben wollten. Bei den letzten Wahlen war die siegreiche Parole gewesen: kein Bestwahlrecht für die Frau, weder direkt noch indirekt. Bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen bedeutet die beschlossene Petition in Wirklichkeit eine solche für das allgemeine Frauenwahlrecht. Die Verfassungsreform wird nach der Meinung unserer Politiker das allgemeine Männerwahlrecht bringen. Der Petition wird von dem „Verband für Frauenwahlrecht“ entgegengewirkt, ebenso von fast allen bürgerlichen Parteien. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei steht ihr hingegen sympathisch gegenüber, obgleich sie alle, die unsere eigene Petition unterzeichnet haben, auffordert, ihre Unterschriften nicht unter die bürgerliche Eingabe zu setzen, damit die Bedeutung der sozialdemokratischen Petition ungemindert bleibe. Auch geht selbstverständlich unsere eigene sozialdemokratische Bewegung für das allgemeine Frauenwahlrecht weiter. Die bürgerliche Petition wird also wahrscheinlich kein großer Erfolg sein. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird ihre Aktion für das allgemeine Frauenwahlrecht unentwegt fortsetzen. Sie hat auf Posten zu stehen, damit kein beschränktes Frauenwahlrecht eingeführt wird, sie hat dafür zu kämpfen, daß die Proletarierinnen das Wahlrecht bekommen, das sie so dringend im Klassenkampf brauchen.

2. Gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind. Was Holland an gesetzlichem Schutz und sozialer Fürsorge für Frauen und Kinder aufweist, ist sehr gering. Das Arbeiterschutzgesetz von 1911 gilt für alle Art Arbeit in Fabrikbetrieben und im Gewerbe, und erstreckt sich nur auf jugendliche Personen unter 17 Jahren und Frauen. Kinder unter 13 Jahren, die noch schulpflichtig sind, dürfen keine gewerbliche Erwerbsarbeit verrichten. Es gibt jedoch viele Kinder von 12 Jahren, die die sechs vorgeschriebenen Schuljahre schon hinter sich haben. Solche Kinder dürfen zu gewerblicher Arbeit verwendet werden, wenn der Lehrer erklärt, daß kein Platz für sie in der Schule sei. Diese Bestimmung wird schändlich zur Kinderausbeutung mißbraucht. Dennoch haben das erste Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes 13 000 Kinder von 12 Jahren weniger in Fabriken und Werkstätten gefrondet als vorher. Bestimmte Beschäftigungen, die als schädlich für den jugendlichen und weiblichen Organismus gelten, sind für die geschützten Arbeitskräfte verboten. Es sind fast die gleichen Beschäftigungen, die das Gesetz in anderen Ländern für Frauen und Jugendliche untersagt. Mehrere Vorschriften beziehen sich auf die sanitären Bedingungen in Fabriken und Werkstätten. Frauen und Jugendliche dürfen in Fabriken und Werkstätten nicht länger als

zehn Stunden pro Tag beschäftigt werden und nicht mehr als 58 Stunden pro Woche. Es ist eine tägliche Mittagspause von 1 1/2 Stunden zu gewähren. Die Nacharbeit ist verboten, zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens dürfen die geschützten Personen nicht beschäftigt werden. Für verheiratete Arbeiterinnen oder solche, die einen eigenen Haushalt zu versehen haben, muß in Fabriken und Werkstätten Sonnabends nach 1 Uhr mittags der Arbeitsschluß erfolgen. Diese Bestimmung kann auch auf jugendliche Personen ausgedehnt werden. Keine Fabrik- und Werkstattdarbeit darf zur Fertigstellung mit nach Hause genommen werden. Die Sonntagsarbeit ist nur für die geschützten Arbeitskräfte verboten. Alle diese Bestimmungen sind natürlich durch Ausnahmen durchlöchert. Eine Arbeiterin darf vier Wochen nach ihrer Niederkunft in Fabrikbetrieben und Werkstätten nicht beschäftigt werden.

Wald wird wahrscheinlich ein Krankenversicherungsgesetz geschaffen werden. Es wird jedenfalls der Arbeiterin einige Wochen vor und nach ihrer Niederkunft den vollen Ersatz des Lohnes zusichern, ferner unentgeltliche Geburtshilfe durch Hebamme und Arzt und Arznei gewähren. Vermutlich müssen die Arbeiterinnen die Hälfte des Versicherungsbeitrags zahlen. Das Unfallgesetz sichert allen Arbeitern bei Unfall 70 Prozent ihres Lohnes als Rente. Die Arbeitgeber sind allein beitragspflichtig.

Das Gesetz über die Schulpflicht legt für die Kinder den Besuch der Volksschule vom siebten Jahre an fest und schreibt sechs Schuljahre in sechs Klassen vor. Ist das Kind 13 Jahre alt und hat noch nicht alle Klassen absolviert, so braucht es nur die Klasse zu beenden, in der es sitzt. Da Kinder schon mit 6 Jahren in die Volksschule aufgenommen werden dürfen, können sie auch schon mit 12 Jahren daraus entlassen werden, vorausgesetzt, daß sie diese 6 Jahre lang besucht haben. Da es keine Pflichtfortbildungsschule gibt, lernen nach Absolvierung der Volksschule mehr als 80 Prozent der Arbeiterkinder nichts mehr. Wohl gibt es Fortbildungsschulen, doch ist ihr Besuch nicht obligatorisch, und der Arbeitgeber steht nicht vor dem Zwange, den kindlichen Arbeitskräften dafür freie Zeit zu geben. An mehreren Schulen gibt es ein siebtes Unterrichtsjahr, doch ist es nicht obligatorisch. Die Gemeinden können, müssen aber nicht die Schulspeisung einführen. Die meisten Kommunen tun in dieser Hinsicht nichts. Von den mehr als 1000 holländischen Gemeinden hatten nur 15 die Schulspeisung aus kommunalen Mitteln eingeführt, 21 gewährten privaten Schulküchen eine Subvention.

Das Gesetz über die Fürsorgeerziehung gilt für Kinder, deren Eltern die Fähigkeit und das Recht zur Erziehung aberkannt worden ist, wie für Kinder, die wegen Vergehen usw. unter Aufsicht gestellt werden. Jeder Bezirk hat einen Vormundschaftsrat, der den Richter auf verwahrloste Kinder aufmerksam machen kann. Diese können dann seiner Aufsicht und Fürsorge unterstellt werden. Auch Anstalten können Mitglieder des Vormundschaftsrats werden. Die Kinder kommen in Familien- oder in Anstaltserziehung. Kinder, die vor Gericht standen, werden in Besserungsanstalten oder bei Familien untergebracht. Es gibt 5 solcher staatlichen Besserungsanstalten, 4 für Knaben, 1 für Mädchen und 4 staatliche Fürsorgeerziehungsanstalten. Seelen Ankersmit.

## Fördern wir die Entwicklung unserer Jugend!

Wenn wir in unseren Parteiorganen die Artikel über Jugendpflege und Bildungsbestrebungen aufmerksam verfolgen, so werden wir gewahr, wie sich das Interesse an diesen Dingen überall hebt, und wie allervwärts die Forderung aufgestellt wird, daß noch viel mehr für die gesunde leibliche und seelische Entwicklung unseres Nachwuchses getan werden müßte. Wo die Schule des bürgerlichen Klassenstaates nicht will, das proletarische Haus nicht kann, muß das organisierte, kämpfende Proletariat selbst als erziehende Macht eingreifen, um unserer Jugend ihre Zukunft zu erhalten und umgekehrt unserer Zukunft die Jugend zu sichern. Es muß Einrich-

tungen schaffen, die das heranwachsende Geschlecht in jeder Hinsicht tüchtig machen helfen und es befähigen, den Weg zu gehen, der zu unserem Ziele führt.

Mag auch in der Lehrerschaft und beim Lehren hier und da eine frischere Luft wehen, im ganzen dient die heutige Volksschule keineswegs der Entfaltung und Kräftigung der Persönlichkeit, des Freiheitsgefühls, ja schlimmer noch: sie hindert und tötet das Werden der Persönlichkeit in der Blüte, sie hält den Freiheitsdrang darnieder. „Bete und arbeite“ bleibt der Grundsatz, den sie der Jugend einpaukt, „übe dich in Demut und Untertwürfigkeit, damit du dich zu dem gottgewollten Ausbeutungsobjekt auswächst, als das allein man dir die Existenzberechtigung zugesteht“. Die großen Fortschritte der Wissenschaft und deren praktische Anwendung dienen in der Hauptsache einem Bruchteil der Menschheit. Für die Zahlreichen denken das Gelehrtenhirn, ersinnt der Erfinder neue technische Hilfsmittel, die den kapitalistischen Reichtum mehren. Der Klassenstaat geht an der Notwendigkeit vorüber, das Proletariat mit den Kenntnissen und Einsichten auszurüsten, die es geistig frei machen, die seinem sozialen Befreiungskampf Waffen sein könnten. Was er für die Bildung des arbeitenden Volkes tut, hat seine enge Grenze an dem Klasseninteresse der Besitzenden und Ausbeutenden. Wenn die Ausgebeuteten vorwärts schreiten, Wissen und Bildung erringen wollen, so sind sie auf ihre Selbsthilfe angewiesen.

Das alles begreift die Pflicht in sich, daß wir schon auf unsere Kinder einwirken müssen durch die Mittel, die dem jungen Verständnis angepaßt sind: durch Spiel und Belehrung. Diese Erkenntnis soll uns bei den Ferienveranstaltungen für unsere Kinder leiten. Vielfach bringen die Eltern diesen Veranstaltungen noch eine gewisse Gleichgültigkeit entgegen. Das beweisen die Zahlen, die mir vom Ortsverein Leipzig-Stötteritz vorliegen. An den Spielnachmittagen des letzten Sommers beteiligten sich durchschnittlich 248 Kinder, während sich zum Sommerfest 1920 einsandten. Der Schluß aus diesen Zahlen liegt nahe. Wir sind die letzten, die dem Kinde die Freude an Wurst, Semmel und kleinen Geschenken verkümmern möchten. Es muß aber ausgesprochen werden, daß unsere Festlichkeiten nicht dazu dienen sollen, den Egoismus zu fördern. Ihr Ziel ist vielmehr, uns die Möglichkeit zu geben, die Kinder ohne schulmeisterliche Aufdringlichkeit in unsere Ideenwelt einzuführen, in der für Egoismus kein Platz ist.

Beim Spiel soll das Kind denken und sich betätigen lernen. Deshalb scheidet wir solche Spiele aus, die keine Gelegenheit dazu bieten oder die unserem proletarischen Empfinden ins Gesicht schlagen. Ganz leicht ist die Aufgabe nicht, denn die Kinder hängen am Hergebrachten, und es erfordert unendliche Geduld, ihr Interesse so stark zu fesseln, daß Neues Eingang findet. Für die Genossen und Genossinnen, die für das Ideal des Miteinander und Füreinander erziehen wollen, bietet sich unter den Kindern ein weites Betätigungsfeld. Namentlich den jüngeren Genossinnen können wir es nicht warm genug ans Herz legen: helft spielen! Ihr Kinderlosen, lernt das Glück kennen, im Kinde des Klassen-genossen aufzugehen, und ihr Kinderreichen, vergeßt für ein paar Stunden eure Sorge und Not, wenn ihr mit der Jugend fröhlich seid. In glänzenden Kinderaugen, auf lachendem Kindermunde blüht euch Dank, und ihr bleibt jung mit den Jungen! Die Sommerfeste, die ja in der Hauptsache Kinderfeste sind, werden wohl von allen Ortsverbänden mit besonderer Hingabe vorbereitet. Aber auch, wenn wir Feste feiern, müssen wir eine Werbetätigkeit für unsere Jugend entfalten. Bei solchen Anlässen hat jeder einzelne Genosse, jede einzelne Genossin Gelegenheit, unsere Reihen nicht bloß durch neue Mitglieder zu vermehren, sondern auch zu verjüngen. In erster Linie gilt das für unsere Frauen, die ja in der Regel die geistigen Werte der Familie schaffen und befruchten. Sie müssen diese Werte mit freudigem Herzen auch in die große Gemeinschaft tragen, die sich bei unseren Festen zusammenfindet. Sie müssen bestrebt sein, diesen die Klassengenossen zuzuführen, die noch in allen möglichen Klümmern ihren Geist verblöden lassen. Denn auch an den Festen kommt in steigendem Maße unsere Bildungsarbeit zum Ausdruck.

Spielnachmittage und Sommerfeste dienen vorwiegend dem Bedürfnis des Kindes nach Spiel und Fröhlichkeit. Tageswanderungen bedeuten schon einen Übergang zum Ernst, zur Belehrung. Sie bringen nicht nur eine willkommene Abwechslung, sie fordern auch einen größeren Kraftaufwand, stählen die Ausdauer und wecken und schärfen den Blick für Neuerscheinungen. Wie viele Großstadtkinder werden von uns zum erstenmal in einen großen Wald geführt. Ein hüpfendes Häslein läßt sie laut aufjubeln, und wenn sie gar ein Reh — ein richtiges, lebendiges Reh — erblicken, so halten sie den Atem an, um es nicht zu verschrecken.

Mit unseren Stötteritzer Kindern haben wir im August letzten Jahres eine solche Tageswanderung nach der Hart unternommen. Ich habe mich während des ganzen Tages von der Stimmung der Kinder tragen lassen und dabei einen langen Zug aus einem Quell getan, der uns immer wieder neue Schaffensfreude zuflößen läßt. Ein bitterer Schmerz fiel in die heitere Schönheit unseres Wandertages. Auf dem Heimweg ereilte uns die Kunde, daß ein Großer der Menschheit dahingegangen war. Webers Augen hatten sich für immer geschlossen. Während uns Erwachsene der Schmerz stumm machte, lachten und scherzten die Kinder beim Scheine der roten Laternen. Den Kummer der Erwachsenen nicht teilen zu müssen, ist Kinderrecht. Uns aber war das Scheiden unseres Edelsten und Größten eine ernste Mahnung, nicht zu erlahmen im Ringen nach dem erhabenen Ziele, dem er gebiet, das Rüstzeug zu schärfen, das uns den Weg zu ihm freilegt: Wissen und Bildung. Nicht nur als Selbstzweck oder aus Neigung allein müssen wir Wissen erstreben. Wir brauchen die Aufklärung, um unsere Stellung und Aufgabe in der Welt zu erkennen. Und die Aufklärungsarbeit kann nicht zeitig genug einsetzen, wenn ein Geschlecht heranwachsen soll, das befähigt ist, im Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung das Banner zu neuen Siegen zu tragen, wenn es den müden Händen der Alten entfällt.

Vor allem muß die Lehre von der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen schon früh in die jungen Herzen gepflanzt werden. Wie wir das können, ist nicht so schwer, als es den Anschein hat, wir brauchen uns nur der Natur als Vermittlerin zu bedienen. Ich weiß aus Erfahrung, wie empfänglich Kinder sind, wenn wir ihnen schildern, daß alles das, was ihre staunenden Augen sehen, Bausteine sind des großen Alls, daß sie selbst nur Atomen darin gleichen und nichts sind ohne den Zusammenhang, den Zusammenhalt mit anderen. Wir können so ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl wecken mit allem, was lebt und weht. Wenn die Zeit da ist, läßt sich darauf im Geiste des sozialistischen Ideals weiterbauen. Und auch gerade dafür bieten uns die Ferienveranstaltungen vorzügliche Gelegenheit.

Millionen bildungsbürstiger und bildungsfähiger junger Menschenpflanzen stehen auf dem harten Boden des Proletariats. Das Wachsen, Blühen und Reifen wird ihnen durch den Mangel an Bildungsmöglichkeiten verwehrt. Wie oft geht der Wissensdrang der proletarischen Jugend zugrunde oder gerät auf Abwege; aus lernbegierigen Buben und Mädchen entwickeln sich gedankenlos dahinlebende Alltagsmenschen mit Klavengesinnung, aber keine freien Persönlichkeiten, die als bewußte Klassenkämpfer ihre berechtigten Ansprüche zu ertrogen wissen. Kinodramen, Schundlektüre, Kartenspiel und was dergleichen roher und verdummender Zerstreuungen mehr sind, dürfen die knappen Feiertunden der Proletarier und Proletarierinnen nicht länger ausfüllen. Der heiße Lebens- und Klassenkampf erheischt dringend einen Ausgleich für die Nervenkraft, aus der das Kapital täglich Gold münzt. Eine Erquickung und Erhebung durch Wissenschaft, Kunst und Naturgenuß, dem Dreigestirn, dessen Schein das Leben erst in unserem Sinne lebenswert macht. Den Hunger nach diesen Gütern müssen wir schon im Kinde wecken.

Aber erst dann werden unsere Bemühungen fruchtbar sein, unsere Schlußfolgerungen dem Kinde nahekommen und verständlich werden, wenn wir bei unseren Veranstaltungen ein anderes zu tun nicht veräumen: das Kind vertraut zu machen mit dem pflanzlichen und tierischen Leben der heimatischen Scholle. So besonders das manchem klingen mag, ein treffliches Mittel dazu sind — soweit die Tierwelt in Frage kommt — unsere zoologischen Museen, die bei unseren Ferienveranstaltungen noch viel zu wenig Berücksichtigung finden. Unser Leipzig hat — wie manche andere Großstädte auch — eine vorzügliche Bildungsstätte, die den Wissensdrang unserer Jugend befriedigt und zugleich weiter anregt, das Naturkundliche Heimatmuseum. Dorthin haben wir während der Sommerferien 167 Kinder gruppenweise geführt mit der bestimmten Absicht, ihnen die Augen zu öffnen für die Schönheiten der Heimat, den Forschertrieb in den kleinen Hirnen zu beleben, die nötigen Kenntnisse zu geben, draußen alle Naturerscheinungen zu beobachten. Auch die Beteiligung an dieser Veranstaltung bewies, wie gering unsere Bildungsbemühungen von den meisten Müttern eingeschätzt werden, wie wenig Verständnis selbst unter den Genossinnen dafür besteht. Die Zahl der Meldungen war mit 200 schon eine äußerst geringe, und nur die Hälfte nahm durchschnittlich an den Führungen teil. Nach dem Grunde ihres Ausbleibens befragt, gaben die Kinder später meist die Antwort, daß ihnen ihre Eltern gar nichts von der Führung gesagt hätten. Wenn es uns doch gelänge, den Fels der Gleichgültigkeit aus dem Wege zu räumen!

Es ist ratsam, vor dem Besuch der Museen den Kindern eine kurze Aufklärung über den Zweck zu geben. Wir taten dies in unmittelbarer Nähe des Museums, am Schwanenteich, wo wir noch Gelegenheit fanden, den Kindern neues zu zeigen. Soviel als möglich ließen wir sie selbst die Dinge bestimmen, und es entstand wiederholt ein edler Wettstreit darüber, ob die schöne alte Schwarzpappel eine Eiche oder eine Buche sei. Plaudernd sicherten wir eine erhöhte Aufnahmefähigkeit und Aufnahmefreudigkeit für den Vortrag im Museum selbst, der bei uns von städtischen Lehrern in leichtverständlicher Form gegeben wurde, und in einer Weise, die die Liebe zur Sache deutlich erkennen ließ. Das Museum ist eine Schöpfung Leipziger Lehrer, und wir statten ihnen auch an dieser Stelle gern unseren Dank ab für ihre Mühewaltung im Interesse der Volksbildung. Die geologischen Abteilungen derartiger Museen werden naturgemäß nur bei den Schülern und Schülerinnen der Oberklassen Interesse finden. Den größten Eindruck auf alle Kinder machten die Darstellungen aus der Tierwelt. Er steigerte sich zu lautem Jubel, als wir zu den Kästen kamen, wo die vierbeinigen Freunde der Kinderwelt naturgetreu aufgestellt sind. Der Hamsterbau zum Beispiel stand immer im Brennpunkt des Interesses, die Jungen gaben hier in ebenso sachverständiger wie drastischer Weise selbst die nötigen Erklärungen. Verständnisvoll ließ man sie gewähren. Eine andere Gruppe: „Rebhühnfamilie“ fesselte wieder besonders die Mädchen; oft legte sich hier um die eben noch so froh plappernden Mütterleichtsgefühls. Bei diesen Besuchen war es uns auch leicht, den Keim für soziales Empfinden und Denken zu legen und zu pflegen. Noch ein anderer Umstand ist es, der uns die Museumsbesuche lieb gemacht hat. Hier hatten wir eine Stätte, wo sich die Altersunterschiede gänzlich verwischten und unzählige Fäden Gegenwart und Vergangenheit verknüpften. Wenn die Kinder jubelten, so mag manch einem von uns ein Ton aus der Jugendzeit erklingen sein ... was mein einst war! Was einst unser war, es ist unser geblieben, nur liegt es verschüttet unter Wust und Staub des Alltags. Den Kindern zuliebe hebt die verborgenen Schätze wieder ans Licht, und seid ihnen Freund und Führer in das neue Reich. Mein Vermögen sie noch nicht so zu schauen, wie die Natur sich uns offenbart und offenbaren soll, wie wir Proletarier die sozialen Dinge zu erfassen haben. Die zarte Menschenpflanze muß gestützt werden. Zunächst durch die natürliche Förderin alles Guten im Kinde, durch die Mutter, die sich ja einen großen Teil Kenntnisse und Bildung in den Kursen und anderen Veranstaltungen der Partei erwerben kann. Die organisierte Arbeiterschaft aber tritt mit ihren Veranstaltungen für Kinder an die Stelle der Mütter, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, auf ihr heiligstes Recht zu verzichten, sie stellt sich ergänzend neben die Mütter, um schon dem Kinde den Segen einer großen Gemeinschaft zum Bewußtsein zu bringen. Der Jugend die Zukunft! Das ist ein Leitsatz für uns geworden. Wir können aber nur dann ein reiches „Morgen“ erwarten, wenn wir dem heranwachsenden Geschlecht das „Gute“ so gestalten, daß es tüchtig gemacht wird zum Kampfe, zur Arbeit wie zum Genuß. Wissen und Bildung schmieden uns die scharfen Ringe, mit denen wir uns den Weg zur Freiheit bahnen.

Hedwig Scholz

### Der zehnte Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die zehnte Tagung des Deutschen Holzarbeiterverbandes fand vom 25. bis 30. Mai in Dresden statt und stand noch im Zeichen der eben überwundenen Wirtschaftskrise. Diese hat der deutschen Holzindustrie ganz empfindliche Wunden geschlagen, hat die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst und die wirtschaftlichen Kämpfe erheblich erschwert. Die im allgemeinen schlechte Geschäftslage war die Ursache, daß sich der zwischen dem vorletzten und dem letzten Verbandstag liegende große Kampf der Nürnberger Pinself- und Würstenarbeiterinnen und -arbeiter erheblich in die Länge zog; sie hat — obgleich die Werften selbst gute Beschäftigung hatten — in dem heißen, aber leider vergeblichen Ringen der Werftarbeiter den Wertgewaltigen den Rücken gestärkt.

Der unglückliche Ausgang dieser Bewegung beanspruchte in den Verhandlungen des Verbandstags einen erheblichen Raum, obgleich die Haltung der Holzarbeiter auf den Gang des Kampfes ja nicht ausschlaggebend war, da sie nur 8 Prozent der Beteiligten stellten und sich schon deshalb dem Gesamtwillen der interessierten Verbände unterordnen mußten. Wesentlich war es bei dieser Bewegung zu Differenzen zwischen den beteiligten Organisationsleitungen und den

Werftarbeitern gekommen. Diese letzteren waren in Hamburg und zum Teil auch in Bremen und Bremerhaven in den Ausstand getreten, ehe nach Ansicht der ersteren die Stunde dazu geschlagen hatte. Der außerordentliche Verbandstag des ausnahmsgebenden Metallarbeiterverbandes beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit, jedoch diese Entscheidung stieß verschiedentlich auf Widerspruch und wurde nicht so glatt durchgeführt, als man gehofft haben mochte. Das Zusammenarbeiten vieler Verufe auf den Werften und die feste Verbindung der wenigen in Frage kommenden Werftbesitzer läßt aber ein Vorgehen der Arbeiterschaft einzelner Verufe oder Orte kaum zu. Die Vorgänge von 1913 haben in einzelnen Werftorten einen Stachel zurückgelassen. Diese Dinge wurden auf dem Verbandstag ausgiebig, und zwar von beiden Seiten in versöhnlichem Tone, erörtert. Die Besprechung läßt hoffen, daß die Arbeiterschaft der Werftorte mit frischem Mute an die Organisationsarbeit geht, so daß später die Scharte von 1913 ausgewegt werden kann.

Glücklicher ist der Verband bei den von ihm selbst geführten Lohnbewegungen gewesen. So vor allem bei der vorjährigen Tarifbewegung im Tischlergewerbe, die trotz der Geschäftsflaute ganz erhebliche Fortschritte gebracht hat. Allerdings verteilte diese Geschäftsflaute die Arbeitgeber vielfach zu Tariffrühen, und die paritätischen Schlichtungskommissionen arbeiteten dabei recht langsam oder verjagten auch ganz. Darüber wurden zahlreiche Klagen vorgebracht. Der Verbandstag mußte anerkennen, daß bei der oft schwächlichen Organisation der Arbeitgeber und dem ebenso oft mangelnden guten Willen dieser Herren das energische und geschlossene Vorgehen der Arbeiterschaft recht notwendig sei. Die bisherige Taktik des Verbandes wurde ausdrücklich gutgeheißen. Entgegen dem Verlangen der Arbeitgeber, möglichst nur die gelehrten Arbeiter den Tarifverträgen zu unterstellen, beschloß der Verbandstag, es sei „darauf zu beharren, daß alle in den Vertragsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der Hilfsarbeiter, die bei der Zurichtung oder Fertigstellung von Arbeitsstücken oder Teilen derselben im Maschinenraum, beim Leimen, Furnieren und in den sonstigen Betriebsabteilungen, beim Zureichen oder Zutragen des Materials oder der Arbeitsstücke usw. tätig sind, den Verträgen unterstellt und in jeder Beziehung als Vertragsarbeiter anerkannt werden.“ Die Unterhändler wurden beauftragt, auch darauf zu bestehen, daß für alle Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmte Löhne festgelegt werden (Mindest- oder Durchschnittslöhne).

In der Frage des freien Sonnabendnachmittags wünschte die organisierte Holzarbeiterschaft einiger süddeutscher Orte, der Verband möge seine bisherige Stellung ändern. Der Verband entschied jedoch anders. Er bezeichnete die Erringung des freien Sonnabendnachmittags für die Arbeiterschaft der Holzindustrie erst dann als erstrebenswert, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt sei. Keinesfalls darf der freie Sonnabendnachmittag mit einer Verlängerung der Arbeitszeit an den fünf anderen Tagen der Woche erkaufte werden. Verschiedentlich wünschte man, daß eine andere Forderung in den Tarifverträgen stark betont werden sollte: die von Arbeiterferien. Nach dem Verbandstag muß es den einzelnen Orten überlassen bleiben, diese Forderung zu erheben, weil das generelle Verlangen bei den vorherrschenden Kleinbetrieben in der Holzindustrie zurzeit nicht durchführbar erscheint.

Mit der Haltung des Verbandsvorstandes in den allgemeinen Organisationsfragen erklärt sich der Verbandstag einverstanden, ebenso fand die „Holzarbeiter-Zeitung“ rückhaltlos Anerkennung. Bei der Statutenberatung trat die Rücksicht auf die immer noch wenig befriedigende wirtschaftliche Lage lebhaft zutage. Die Beschlüsse brachten durchweg Erhöhungen und Erweiterungen der Verbandsleistungen, die zum Teil recht erheblich sind. Dagegen wurde von jeder Erhöhung der Mitgliederleistungen abgesehen. Daß der Verbandstag so entscheiden konnte, ohne dadurch die Widerstandskraft der Organisation zu gefährden, bekundet deren innere Stärke. Unter den höheren Verbandsleistungen stehen voran die vom Vorstand beantragte Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung von sechs auf sieben Wochen und die Umwandlung der Reiseunterstützung von Kilometergeldern zu je 4 Pf. in Tagegelder zu je 1 Mk. Der Bezug von Unterstützung bei länger währendem Aussetzen mit der Arbeit ist durch die folgenden Festlegungen erleichtert worden. Künftig soll vorübergehende Arbeitslosenunterstützung als Arbeitslosigkeit erachtet werden, wenn sie ununterbrochen länger als eine Woche dauert, nicht durch Feiertage verursacht, sondern durch Arbeitsmangel verschuldet und durch den Arbeitgeber veranlaßt ist, und wenn die betroffenen Mitglieder sich ordnungsgemäß melden und zur Kontrolle stellen. Für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung gelten auch in solchen Fällen die entsprechenden Vorschriften des Statuts, jedoch werden gesetzliche und ortsübliche Feiertage für die Karenzwoche und Unterstützung nicht mitgerechnet. Mitgliedern,

die infolge schlechter Konjunktur länger als drei Wochen nur halbe Tage oder halbe Wochen arbeiten können und denen demzufolge Beitragsermäßigung gewährt ist, können die Tage des Aussetzens bei nachfolgender Arbeitslosigkeit, wenn sie nicht länger als vier Wochen zurückliegen, auf die Karenzwoche angerechnet werden.

Die vorstehend erwähnte Beitragsermäßigung ist ebenfalls eine Neuerung. Danach brauchen solche Mitglieder, die infolge schlechter Konjunktur länger als drei Wochen nur halbe Tage oder halbe Woche arbeiten können, bloß mindestens jede zweite Woche einen Beitrag entrichten. Beträgt dagegen die Arbeitseinschränkung weniger als die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, so sind die Beiträge voll zu zahlen. In ähnlicher Weise ist nur auch den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen worden, die durch Alter oder Halbinvalidität in ihrer Erwerbsfähigkeit dauernd erheblich beschränkt sind. Diesen kann der Beitrag derart ermäßigt werden, daß sie bei Entrichtung von sechs Wochenbeiträgen im Vierteljahr ihre vollen Mitgliedsrechte behalten. Zur Abstempelung der übrigen Wochenrubriken ist das Mitgliedsbuch spätestens am Schlusse jedes Vierteljahres vorzulegen. Bei Unterstützungsansprüchen kommt die Zahl der wirklich geleisteten Beiträge zur Anrechnung.

Zwei Änderungen des Statuts kommen besonders für die weiblichen Mitglieder in Betracht. Danach können diese die ihnen zustehende Reiseunterstützung künftig schon nach 26 Wochen Mitgliedschaft beziehen, bei Streiks und Maßregelungen aber steht ihnen die Unterstützung sogar ohne jede Wartezeit zu. Ihnen sind damit die gleichen Vorrechte eingeräumt worden, die jugendliche und solche Mitglieder genießen, die innerhalb der ersten vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beitreten. Erwachsene männliche Mitglieder können diese Unterstützungen erst beziehen, wenn sie 52 bzw. 26 Wochen Mitglied sind. Den Arbeiterinnen ist ferner auch bei Streiks ein Mindestlohn von Unterstützung zugesichert worden ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaftsdauer. Bei längerer Mitgliedschaft tritt natürlich bei dieser wie bei allen anderen Unterstützungen eine erhebliche Steigerung der Höhe ein.

Weitere Beschlüsse des Verbandstags gellen rein verwaltungstechnischen Dingen. Unter den Anträgen allgemeiner Natur ist ein solcher besonders beachtenswert, der den Verbandsvorstand beauftragt, mehr als seither die Frage der Hygiene in den Fabriken und Werkstätten in den Vordergrund zu stellen, und empfiehlt, eine von Fachleuten zusammengestellte Darstellung über Hygiene in den Arbeitsräumen in Form einer Broschüre herauszugeben. Erklärungen über den gesundheitlichen Wert der Arbeitsräume sollen besonders hervorgehoben werden. Für die ehrenamtlichen Funktionäre des Verbandes wurde die Errichtung einer Unfallunterstützungskasse beschlossen. Sie soll diese selbst und ihre Familien für den Fall sicherstellen, falls die Funktionäre bei Ausübung ihrer Verbandstätigkeit irgendwie ernstlich körperlich zu Schaden kommen. Die Verbandshauptkasse leistet zu der Einrichtung einen Grundstock von 10000 Mk. und die Zahlstellen steuern jährlich 10 Pf. pro Mitglied bei. Aus dieser Kasse kann Kranken- und Invalidenunterstützung sowie Witwengeld und für Ledige Eierbegeld gewährt werden.

Die vom Verbandstag regelmäßig vorzunehmenden Neuwahlen der Vorstandsmitglieder und Gauvorsieger brachten keine Veränderung. Die Tagung sang trotz der manchmal lebhaften Auseinandersetzungen durchaus harmonisch aus. Die weiblichen Mitglieder waren wie bereits vor zwei Jahren durch die Fleißarbeiterin Ammon aus Nürnberg vertreten. Sie brachte einige Wünsche ihrer Berufsgenossen auf besondere statistische Behandlung vor, sollte aber im übrigen den Verbandsmaßnahmen volle Anerkennung. Der Verband ist innerlich gefestigt aus den Verhandlungen hervorgegangen. Die beschlossene Erweiterung seiner Leistungen wird zweifellos dazu beitragen, die Mitglieder stärker an ihn zu fesseln und sie selbst in ihrem ständigen Ringen um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kräftigen. Die materielle und moralische Rückenstärkung der zweimahlunderttausend Einzelnen im Verband und ihre Zusammenfassung zu einem einheitlichen Volken werden auch in der Zukunft den Weg zum Aufstieg bahnen helfen. *fk.*

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Einen ersten Versuch, unter den Landarbeiterinnen Ostpreußens durch besondere Frauenversammlungen aufklärend zu wirken, stellt eine Agitationstour dar, die Genossin Lawatsch-Breslau im Striegauer Kreise unternommen hat. Dort hatte die Gauleitung des Landarbeiterverbandes Ende Mai solche Versammlungen veranstaltet. Sie wurden in den abgelegenen Dörfern abgehalten, wo ein Lokal zu bekommen war, und in Privatwohnungen, wo das nicht der Fall war, alle erfreuten sich eines

sehr guten Besuchs. Die Pionierarbeit war nicht vergeblich, es wurden mehr als 60 neue weibliche Mitglieder für den Landarbeiterverband gewonnen, und die Versammlungen haben in größeren Kreisen weidend gewirkt und fruchtbare Anregungen zurückgelassen. Es tut not, daß auch im schlesischen Kreise Striegau die hart ausgebeuteten Landarbeiterinnen erwachen und sich zusammenschließen. Dieser Kreis ist das reine Junkerparadies, etwa 80 Pf. beträgt der Tagesverdienst für landwirtschaftliche Arbeiterinnen. Meist wird in Alford gearbeitet, und die Frauen erreichen dann einen Stundenverdienst von 8 bis 10 Pf. bei rücksichtsloser Anspannung aller Kraft. Die Arbeitszeit dauert von 4 1/2 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends und wird nur von ganz kurzen Pausen unterbrochen. Es handelt sich dabei um Saisonarbeit. Noch schlechter daran sind die im Jahreslohn tätigen Frauen und die Kinder. Die Kinderausbeutung steht im Kreise in schönster Blüte; für 30, höchstens 40 Pf. den Tag müssen die Kleinen schwere Arbeit verrichten. Fragebogen ergeben, daß im Bezirk Striegau und Janer in der Landwirtschaft 610 Kinder beschäftigt wurden. Die Junker haben übrigens eine große Anzahl ausländischer Arbeitskräfte herangezogen, wahrscheinlich nur um ihre Vaterlandsliebe zu beweisen. Der gute Erfolg unserer Agitation veranlaßt den Landarbeiterverband, seine Versuche auch mit Frauenversammlungen in anderen Gegenden Ostpreußens zu wiederholen.

Berta Lawatsch.

In Oberschlesien fanden Mitte Mai acht Versammlungen statt, in denen Genossin Wulff referierte. In diesem äußersten Winkel des Deutschen Reichs kämpfen die extremsten Parteirichtungen um Einfluß und Macht, und nicht minder tut das die katholische Kirche. Neben Weltanschauungsfragen spielt die Nationalität eine große Rolle. Kein Wunder, wenn das arme, größtenteils ungebildete Volk in der Regel nur schwer klar darüber wird, wofür es eigentlich gehört. Trotzdem geht unsere Bewegung stetig vorwärts. Das beweisen unsere Versammlungen. Ein Teil von ihnen fand unter freiem Himmel statt, denn Säle stehen uns in der Gegend nur sehr selten zur Verfügung, und die gemieteten, verhältnismäßig kleinen Räume reichen für solche Versammlungen bei weitem nicht aus. In Wielichowiz und Reudorf hatten wir 600 bis 700 Versammlungsbesucher, und in Niechowiz reichlich 800, darunter viele Frauen, die den Ausführungen der Genossin Wulff und des Genossen Döfler vom Bergarbeiterverband aufmerksam folgten. Die Pfarrer hatten ihr mögliches getan, um vom Versammlungsbesuch abzuschrecken. In Wielichowiz und Reudorf hatte der Geistliche in der Kirche unser Flugblatt kritisiert, die Sozialdemokraten natürlich nach Gebühr schlecht gemacht und sogar — nach Jagow'schem Rezept — Reuegerige gewarnt. Aber das half alles nichts, die Kirche hat das ausgebeutete Volk nicht immer noch am Gängelband. In Niechowiz hatte sich ein Kaplan mit einem Teile seiner Herde vor dem Hause des Grundstücks aufgepflanzt, auf dem die Versammlung stattfinden sollte. Den jungen Mädchen hatte er erklärt, daß es eine Schande sei, dorthin zu gehen. Der besorgte Seelenhirte mußte es aber erleben, daß sogar von seinen Getreuen sich ein Schäferlein nach dem anderen in die Versammlung verirrte. Andere kamen unmittelbar aus der Kirche mit dem Gebetsbuch in der Hand zu uns. Nur der Herr Kaplan blieb trotz der an ihn gerichteten Einladung der Versammlung fern. Alle drei Vorkaufstaktungen nahmen einen schönen Verlauf und brachten der Partei wie dem Bergarbeiterverband Mitglieder, der „Freien Presse“ Leser. Die Versammlungen in Königshütte und Beuthen waren gleichfalls gut besucht, während der Zuspruch in Kattowitz und Zabrze zu wünschen übrig ließ. In beiden Orten dürfte wohl die sogenannte separatistische Sonderbewegung der früheren P. P. S.-Anhänger noch ungünstig wirken. Doch auch dieser Einfluß wird überwunden werden. Troy Psaffen, Nationalpolen und Separatisten macht unsere Bewegung rüstige Fortschritte. Die letzte Versammlung war in Neustadt, das nicht mehr zum ober-schlesischen Industriegebiet gehört, aber in mancher Beziehung ähnlichen Charakter hat, weil der Hauptteil der Bevölkerung ebenfalls katholisch ist. Hier gibt es jedoch keinen Nationalitätenstreit und daher auch keinen Separatismus, und es ist schon seit langem für unsere Ideen gewirkt worden. Ein Stannum tüchtiger Genossinnen und Genossen ist in Neustadt tätig, und mehrere organisierte Frauen beteiligten sich lebhaft an der Diskussion. Wir empfanden das als besonders erfreuliches Anzeichen, daß unsere Bewegung unter dem Proletariat der Stadt schon feste Wurzeln geschlagen hat und gesund emporproßt. *f. Wulff.*

**Aus den Organisationen.** Für die weiblichen Parteimitglieder des siebten schlesisch-hohleisner Reichstagswahlkreises wurde ein Vortragszyklus veranstaltet mit Genossin Baumann-Hamburg als Vortragender. Die einzelnen Vorträge behandelten: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft; Ferdinand Lassalle und seine Zeit (Eisenacher und Lassalleaner, Die Einigung); Das Sozialistengesetz; Die Gewerkschaftsbewegung; Die Frauen-

bewegung. Sie fanden statt in: Kiel, Dietrichsdorf, Neumünster und Rendsburg. Eintrittsgeld wurde nicht erhoben. Die Beteiligung war durchgehends eine gute. Mit stichlichem Interesse wurde den Ausführungen der Vortragenden gefolgt, die das Thema zwar nicht erschöpfen konnten, jedoch die Geschichte, die Entwicklung der Arbeiterbewegung den Genossinnen näher gebracht haben. Möge der Julius recht vielen Frauen ein Ansporn sein zum weiteren Studium der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes.

Lingen Baumann.

**Jahresbericht der Genossinnen des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises.** Das letzte Geschäftsjahr stand unter dem Druck einer Wirtschaftskrise, wie wir sie an Umfang seit langem nicht gehabt haben. Tausende und Abertausende, die sonst arbeiten und verdienen konnten, saßen arbeitslos zu Hause. Arbeitslosigkeit bedeutet aber für den Proletarier Not, denn die Arbeitskraft ist sein Kapital; kann er sie nicht verkaufen, ist er der Not, dem Elend ausgeliefert. Und die Not hat denn auch vornehmlich im verflochtenen Winter bei vielen Familien Gastrecht verlangt. Doch auch die Arbeitslosigkeit hat uns in die Hände gearbeitet, auch die Not hat sich mit uns gegen die Besitzenden verbündet. Not lehrt beten, sagt ein Sprichwort; richtiger aber ist es, wenn man sagt: Not lehrt kämpfen. Sie bringt den Menschen zu der Einsicht, daß der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise aufgenommen werden muß. Sie lenkt auf den Weg zur Organisation, führt den einzelnen zu seinen Klassengenossen und läßt ihn zu einem überzeugten Kämpfer für den Sozialismus werden.

Die Frauen sind es, die in erster Linie unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Und darum müssen auch die Frauen über deren wahre Ursachen aufgeklärt werden, damit auch sie in den Organisationen mitkämpfen, den Drachen Kapitalismus zu töten. Im sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis ist die Zahl der Frauen im ununterbrochenen Wachsen begriffen, die von der Notwendigkeit des politischen Kampfes überzeugt sind. Wir haben einen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern von 928, so daß ihre Zahl von 2810 auf 3538 sich erhöht hat.

Es hat an fleißiger Verarbeitung nicht gefehlt. Elf Bezirke hatten sich in diesem Jahre wieder zu planmäßiger Hausagitation entschlossen, die viele Proletarierinnen für uns gewonnen hat. Es steht fest, daß diese Art der Agitation die erfolgreichste ist, und es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um die Hausagitation unter den Frauen in den übrigen Bezirken des sechsten Kreises ebenfalls durchzuführen. Aber auch auf dem Gebiet der öffentlichen Agitation haben wir es im verflochtenen Geschäftsjahr nicht fehlen lassen. Die Genossinnen Köhl-Neukölln, Harder-Bremen und Seilinger-Berlin hielten insgesamt 29 Versammlungen ab, die sehr gut besucht waren und Mitglieder für die Partei gewannen. Der diesjährige Frauentag gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung. In drei sehr gut besuchten Versammlungen haben die Frauen davon Zeugnis abgelegt, daß sie wach geworden sind und immer nachdrücklicher nach dem politischen Wahlrecht verlangen. In den drei Demonstrationsversammlungen herrschte wahre Begeisterung, und der Organisation traten eine große Anzahl Frauen als Mitglieder bei.

Wir wollen aber nicht nur an Zahl vorwärtsschreiten, sondern auch das politische Denken unserer weiblichen Mitglieder vertiefen. Die Frauen sind die Erzieher unserer Kinder, um die alle Reaktionen jetzt so eifrig bemüht sind. Unsere Kinder aber sollen an dem Wert der Befreiung der Menschheit weiterarbeiten. Darum ist es dringend nötig, daß die Frauen immer klareren Einblick in den Sozialismus erhalten, und daß die Organisationen die Bildung der Frauen als eine wertvolle Aufgabe betrachten. Zur Weiterbildung der Frauen sollen in erster Linie die Diskussionsabende beitragen. Im Verlauf des Geschäftsjahres fanden in 16 von den 21 Bezirken unseres Kreises 100 Diskussionsabende statt. In 52 wurden Vorträge gehalten, 28 wurden durch Vorlesungen ausgefüllt, und in 25 fanden gestellte Fragen Beantwortung. Die höchste Besucherrinnenzahl war 112, die niedrigste 12, die Durchschnittszahl schwankt zwischen 28 und 60 in den einzelnen Bezirken. Es fanden ferner 10 Wanderabende und 8 Unterhaltungsabende statt, die alle guten Besuch und guten Verlauf hatten. Um Genossinnen zu guten Leiterinnen für Diskussionsabende und Versammlungen heranzubilden, wurde zu Anfang des neuen Geschäftsjahres ein Fortbildungskursus abgehalten, der 25 regelmäßige Teilnehmerinnen aufwies. Die Kreisleitung hatte dafür sämtliches Material, wie Broschüren, Bücher, Schreibmaterial usw. kostenlos zur Verfügung gestellt, Lehrerin war mit gutem Erfolg Genossin Gradnauer. Es sind bereits mehrere Genossinnen geschult worden, die einen Vortragsstoff für einen Diskussionsabend meistern. An dem allgemeinen Kursus für den sechsten Kreis beteiligten sich auf Beschluß des Kreisvorstandes 7 Genossinnen, ebenfalls mit gutem Erfolg!

Das, was die Genossinnen in den Kursen gelernt haben, wenden sie in den Diskussionsabenden des Kreises mitbringend an. Wir werden mit der Zeit einige Leiterinnen und Referentinnen für alle Diskussionsabende stellen können. Sehr gute Dienste leisten den Genossinnen bei dieser Arbeit die Broschüren, die im letzten Jahre sehr reichlich von der Kreisleitung angeschafft und teils kostenlos, teils zum Selbstkostenpreis abgegeben wurden. Wir nennen davon: Klara Beyl: „Die Gemeindepolitik und die Frauen“; Käthe Dunder: „Die sozialistische Erziehung im Hause“; Luise Zieg: „Gewinnung und Schulung der Frauen zur politischen Betätigung“; Adolf Braun: „Gleiches Recht für die Frauen“. Wie man sieht, ist die Kreisleitung in anerkennenswerter Weise bemüht, die Frauenbewegung zu fördern. Nicht minder tun die Genossinnen in unermüdlich geleisteter Kleinarbeit, an der sich erfreulicherweise immer mehr und mehr Genossinnen beteiligen, ihre Schuldbücher. Dankbar sei aller derer gedacht, die mit uns in Reich und Glied gearbeitet und gekämpft haben: in den Verwaltungen der Bezirke, in der Kinderschutzkommission, bei der Hausagitation, beim Flugblattverbreiten usw. Hoffen wir, daß alle Genossinnen von den erreichten Erfolgen angespornt werden, ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung zu stellen. Geschicht das, dann kommen wir sicher auch im neuen Jahre ein gut Stück dem Ziele näher, das wir uns gesteckt haben. Hedwig Kurt.

### Politische Rundschau.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion während des Kaiserhochs, das Eigenbleiben, bewegt immer noch die loyalen Gemüter der bürgerlichen Parteien. Es hat den Vorwand gegeben zu einem regelrechten Feldzug gegen die Unverletzlichkeit und Redefreiheit der Abgeordneten. Führer bei diesem Angriff sind die Konservativen. Ihren Spuren folgen willig das Zentrum und die Nationalliberalen. Die „Kreuzzeitung“ hat einen Artikel gebracht mit der vielgesagenden Überschrift: „Der Kaiser hat sein Recht verloren“; darinnen wird bereits ein Strafbesitz für unehrbwürdige Abgeordnete entworfen. Wer beim Schluß des Reichstags nicht mit Kehl und Sigleisch der Monarchie seine Hochachtung erweist, dem soll es an den Krallen gehen. Der Oberstaatsanwalt soll gegen den Mittelalter einschreiten. Abgeordnete, die sich an einem Tag oder während einer Session mehrfach Ordnungsrufe zuziehen, sollen ebenfalls daran glauben müssen; als mildeste Strafe ist für sie Entziehung des Wortes für die Dauer der Session vorgesehen. Gift das nicht, so soll der Ausschluß von einer Reihe von Sitzungen erfolgen und bei noch hartnäckigeren, ganz unbüßfertigen Sündern schließlich der Ausschluß von allen Sitzungen. Die Zentrumspresse erhebt die Forderung, daß der Reichstag durch ein Gesetz oder durch Änderung der Geschäftsordnung, derartige öffentliche antimonarchische Kundgebungen verhindern. Die offizielle Korrespondenz der national-liberalen Partei haut in dieselbe Kerbe. Der altersschwache und zahnlöse Freisinn schließlich stammelt etwas vom „Takt“, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vermissen lasse. Eine tolle Verdreherung. Mit Recht ist von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen worden, daß es umgekehrt eine grobe Taktlosigkeit der bürgerlichen Parteien sei, öffentlich im Reichstag eine Ehrung des Kaisers vorzunehmen, ohne die geringste Rücksicht auf die große republikanische Fraktion der Sozialdemokratie. Was übrigens in der freisinnigen Sprache „Takt“ heißt, nennt sich auf gut Deutsch Rückgratlosigkeit. Für uns ist es von symptomatischer Bedeutung, daß aus einer solchen Vagantele, wie die Formalitäten des Reichstagschlusses, von Regierung und bürgerlichen Parteien eine Staatsaktion gemacht wird. Der Umstand ist uns ein sicherer Gradmesser für die Höhe der politischen Spannung in Deutschland und vor allem für die Nervosität der bürgerlichen Klassen. Will die bürgerliche Mehrheit des Jähern-Reichstags sich zu dem gewünschten Laissez-faire hergeben und das Parlament noch tiefer in den Schlamm der Reaktion hinabziehen: nur zu! Die Herren mögen sich dabei aber darauf gefaßt machen, daß das deutsche Proletariat am Ende auch lernen wird, russisch zu reden, wenn der Reichstag in eine russische Duma verwandelt werden sollte.

Es scheint beinahe, als wollten die herrschenden Klassen erproben, ob die Geduld der deutschen Arbeiter wirklich unerschöpflich ist. Eine Herausforderung folgt der andern. Nun wieder das Schreckensurteil gegen die Charlottenburger „Denkmalschänder“! Fünfeinhalb Jahre Gefängnis sind insgesamt den jungen Leuten aufgebürdet worden, die das Verbrechen begangen hatten, sich für die Anbringung roter Farbe den Marmor eines Hohenollerstandbildes auszuwählen. Eine unerhörte Ahndung eines törichten und an sich harmlosen Streiches! Die Erklärung dafür liegt auf der Hand. Nicht die Tat, sondern die „Gesinnung“ sollte getroffen werden. Der Gerichtshof entblödete sich nicht, die „verheerende“ Agi-

tation der Sozialdemokratie für die „Denkmalschändung“ verantwortlich zu machen. In dieselbe Reihe dreister Herausforderungen gehört die Umfrage der preussischen Regierung bei den obersten Behörden der Regierungsbezirke, ob die bestehenden Gesetze über den Schutz „arbeitswilliger Elemente“ ausreichend seien. Es gehört dazu die lächerliche Schikanierung des Arbeitersängers in Breslau durch das gesamte Aufgebot der Polizei zu Fuß und zu Pferd. Es gehört dazu die von der sächsischen Regierung vorbereitete Verordnung, die die Streikposten der absoluten Willkür der Polizei überantwortet. In der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ ist sie eingehend gewürdigt. Es gehört dazu die Aufhebung der Stuttgarter Jugendorganisation durch die Kreisregierung des württembergischen Redakteurs. Der junkerliche Norden und der demokratische Süden reichen die Hände zum Kesseltreiben gegen das Proletariat. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands verfolgt mit wachem Auge all diese Bewegungen ihres Feindes, der gegen sie geeinten bürgerlichen Gesellschaft. Das kam in der Stimmung und Diskussion auf der Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin zum Ausdruck. Fast einstimmig wurde dort eine von Genossin Luxemburg beantragte Resolution angenommen, die eine verstärkte Propaganda für den Massenstreik forderte.

Der preussische Landtag hat nach der Pfingstpause am 9. Juni seine Arbeit wieder aufgenommen. Die Besoldungsvorlage gelangte nach den Wünschen der Regierung zur Annahme, obwohl die bürgerlichen Parteien sämtlich zugestehen mußten, daß die Bestimmungen dieser Vorlage völlig ungenügend sind. Dann begann die Beratung des Fideikommissgesetzes. Das Herrenhaus hatte im Gegensatz zur Regierungsvorlage Anordnungen eingefügt, die die Bildung großer Fideikommiss erleichtern sollen, ganz nach den Wünschen der ostelbischen Herrenlaste. Die Regierung beugte sich willig den Wünschen der Magnaten. Nach solchen Heldentaten bedarf der Landtag der Erholung; er soll auf den Herbst vertagt werden.

Im bayerischen Landtag wurde die von der Ersten Kammer, dem Reichsrat, abgelehnte Regierungsvorlage über eine Arbeitslosenversicherung erneut beraten. Die sozialdemokratische Fraktion benutzte die Gelegenheit zu einer Generalabrechnung mit der Ersten Kammer überhaupt. Die Kritik des Genossen Timm an der mittelalterlichen Institution war von herzerweichender Schärfe. Sie spitzte sich zu der Erklärung zu, daß der Reichsrat wert sei, zugrunde zu gehen. Fast einstimmig lehnte die Zweite Kammer den Beschluß des Reichsrats ab, 75 000 Mark für Zwecke allgemeiner Arbeitslosenfürsorge statt für die Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Die Arbeitslosen gehen also leer aus. Die sozialdemokratische Presse hatte den Reichsrat wegen der Ablehnung der Arbeitslosenversicherung gebührend gestraft. Jetzt antwortet ihr dieser, indem er den Strafrichter auf sie losläßt — die einzige Antwort, die dem Wesen der würdigen Körperchaft entspricht.

Am 30. Mai fand in Basel die zweite Verständigungskonferenz zwischen deutschen und französischen Parlamentariern statt. Die erste hatte bekanntlich im Vorjahr in Bern getagt. Während im Vorjahr das französische, war diesmal das deutsche Reichsparlament stärker vertreten. Auf deutscher Seite nahmen außer den Vertretern der Sozialdemokratie Abgeordnete des Freisinn, der Nationalliberalen und des Zentrums an der Beratung teil. Das Resultat der Konferenz war eine Resolution, die „planmäßige Aktion zu dauernder Annäherung der beiden Nationen“ verlangt. Zu diesem Zweck soll zunächst ein deutsch-französischer Nachrichtenaustausch organisiert werden, der bestimmt ist, der chauvinistischen Propaganda auf beiden Seiten entgegenzuwirken. Ferner sollen in Zukunft Plenarversammlungen der auf dem Boden der Berner Konferenz stehenden Parlamentarier in Deutschland und Frankreich selbst stattfinden. Dieses magerere Resultat ist von der liberalen Presse kritisch aufgebaut und als eine Tat gefeiert worden. Die wirkliche Kraft, die für den Frieden wirkt, ist lediglich das internationale Proletariat. Glaubt man im Ernst, daß der sozialistischen Propaganda gegen den Imperialismus und für den Weltfrieden eine starke reale Macht zuwachsen wird, wenn hartgefottene Imperialisten, wie die Erzberger, die Wassertränke, Raumann, Kaufmann, mit den Friedenspalmen sädeln? Die Herren sind unsichere Antonien. Man denke nur daran, daß zum Beispiel einer dieser bürgerlichen Friedensengel, der Franzose Léon Bourgeois, soeben als Mitglied des reaktionären Ministeriums Ribot und als starrer Anhänger des Dreijahresgesetzes gestürzt ist.

In Frankreich trat die neue Kammer am 1. Juni zusammen. Die weltpolitischen Gegensätze, die in Frankreich zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit führten, sind die treibende Kraft der schweren inneren Erschütterungen, die dieses Land gegenwärtig durchmacht. Der Präsident Poincaré trachtet danach, das Dreijahresgesetz gegen die Mehrheit der Kammer durchzubrühen. Anfangs machte er den Ver-

such, unter Heranziehung einiger linksradikaler Gegner des Dreijahresgesetzes ein Reichsministerium Viviani zu bilden, das die verlängerte Dienstzeit aufrechterhalten sollte. Angesichts des Ausfalls der letzten Kammerwahlen eine Proklamation des Parlaments, die nur Erfolg haben konnte, wenn ein Teil der Radikalen umfiel. Dieser Versuch mißglückte. Darauf übertrug der Präsident dem ausgesprochenen Reaktionsminister Ribot die Bildung eines Ministeriums, das gegen die bürgerlich-radikale und sozialistische Mehrheit der Kammer regieren und sich auf die gemäßigten und reaktionären Minderheiten stützen sollte. Ein Streich, der gegen den Parlamentarismus selbst gerichtet war. Die Herrlichkeit des Kabinetts Ribot war von kürzester Dauer: am ersten Tage seiner Existenz wurde es durch eine erhebliche Mehrheit der Kammer gestürzt. Jetzt soll der Kaufschulmann Viviani zum zweitenmal die Situation retten. Was bevorsteht, ist der Kampf zwischen dem persönlichen Regiment des Präsidenten und der Kammermehrheit. Das parlamentarische Regierungssystem selbst steht auf dem Spiel. Den Ausgang dieses Kampfes werden aber nicht die parlamentarischen Gruppierungen allein entscheiden, sondern letzten Endes die gesamten Machtverhältnisse der Klassen und vor allem auch die weltpolitische Situation. Die russische Regierung legt sich ganz offen für den französischen Präsidenten ins Zeug, für seinen Widerstand gegen die Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit. Sie unterstützt dadurch zugleich sein persönliches Regiment und die imperialistischen Interessen des französisch-russischen Bündnisses.

Am 4. Juni hat in England eine Konferenz der Vertreter der Organisationen der Bergleute, der Eisenbahner und der Transportarbeiter den Zusammenschluß dieser drei Verbände beschlossen. Diese Entscheidung wird einem nationalen Kongress der drei Organisationen zur endgültigen Festlegung unterbreitet werden. Sie ist von tief einschneidender Bedeutung für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung Englands.

Die Sozialdemokratie in Belgien fordert auf Grund der Wahlergebnisse die sofortige Inangriffnahme der Wahlreform. Die Neuwahlen haben zwar in der Kammer noch eine liberale Mehrheit bestehen lassen, allein für die Oppositionsparteien (Sozialdemokraten, Liberale, christliche Demokraten) eine Mehrheit der Wähler ergeben.

In Dänemark ist die Wahlrechtsreform durch die Obstruktion der konservativen Partei noch hinausgeschoben worden. Eine Mehrheit, bestehend aus den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Radikalen, ist für die Wahlrechtsreform, die bekanntlich auch die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in sich begreift.

Die mörderische Unterdrückungspolitik der Arbeiterbewegung in Italien hat zu einem Generallstreik über das ganze Land geführt. Am 7. Juni fand in Ancona eine große Volksdemonstration gegen den Wehrbeitrag statt. Der Präsekt der Stadt rief nach bewaffneter Macht. Carabinieri rückten an und schossen auf die friedlichen Volksmassen. Zwei Tote und 15 Verwundete fielen. Die Arbeiterschaft von Ancona beschloß sofort den Proteststreik. Die Empörung über die Blutthaten ergriff die Arbeiterschaft ganz Italiens. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften proklamierten zu Mitternacht vom 8. auf 9. den Generallstreik über das ganze Land. Die Weisung wurde befolgt. In Rom, Florenz, Turin und anderen Städten ließ die Regierung auf das Volk schießen. Der Proteststreik wurde am 10. Juni abgebrochen. Der Präsekt von Ancona ist von der Regierung seines Amtes entsetzt und vor ein Disziplinargericht gestellt worden, weil er unberechtigtweise das Militär gegen Zivilisten requiriert habe.

In Rußland streikten am 1. Juni 50 000 Petersburger Arbeiter zum Protest gegen die Verhandlung des Prozesses, den die Regierung gegen die Ausständigen der Obuchowwerke veranlaßt hat. Dieser Prozeß richtet sich unmittelbar gegen das Streikrecht der Arbeiter; der Ausstand soll künftig unter Strafe gestellt werden.

Fürst Wilhelm von Albanien ist noch einmal seiner tödlichen Verlegenheit entrispen worden, die Großmächte haben ihm ein Taschengeld von anderthalb Millionen bewilligt. Nun sündigt der wieder lampfustig gewordene Held die gewalttätige Niederwerfung der „Empörung“ seiner lieben Untertanen an. Die Ausständigen rückten mit vereinten Kräften zum Sturm auf Durazzo vor. Nur mit großer Mühe vermag sich der Fürst noch in der arg bedrängten Hauptstadt zu halten.

Die Ausweisung zahlreicher Griechen aus der Türkei hat die Spannung zwischen den Regierungen beider Länder verschärft. Die Kriegsgewitterluft hält auf dem Balkan an.

A. Th.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

An allen Ecken und Enden setzt eine verschärfte Hege gegen die Gewerkschaften ein. Dabei zeigt sich immer mehr die Absicht der herrschenden Gewalten, ohne Ausnahmegeretze die klassenbewußte Arbeiterschaft niederzubütteln. Die Auslegung und Ausdeute-

lung des sogenannten gemeinen Rechtes soll den gleichen Dienst tun, und wo diese Praxis nicht ausreicht, da haben die Verwaltungsbehörden amtsbeflissen für die Interessen des kapitalistischen Geldsacks zu sorgen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags können die Scharfmacher auf Ausnahmegefetze nicht hoffen. Der Umweg gestattet es außerdem, die Entrechtung der kämpfenden Arbeiterschaft gleichsam im Verborgenen vorzunehmen unter der heuchlerischen Ausrede, „die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen“. Der Verordnungs- und Verwaltungsweg insbesondere führt recht bequem zu den Scharfmacherzielen. Auf diesem Wege hat soeben eine weise Regierung in Sachsen den Vogel abgeschossen.

Im sächsischen Landtag hatten die Konservativen, die Scharfmacher im Unternehmerlager, einen Antrag eingebracht, der die sächsische Regierung ersuchte, im Bundesrat dafür einzutreten, „daß baldmöglichst durch Ausbau der Reichsgesetzgebung ein ausreichender Schutz der Arbeitswilligen und der Freiheit des Gewerbes geschaffen werde“. In Sachsen war ja auch die geistreiche Anregung gefallen, eine Landesstreitpolizei zu errichten. Die Regierung lehnte die geforderte Streitpolizei ab, ebenso ein direktes Verbot des Streikpostenstehens, weil das laut der Erklärung eines Ministers ungefällig wäre. Gleich darauf beeilte sie sich jedoch, das brünstige Verlangen der Scharfmacher auf andere Weise zu erfüllen. Nämlich durch eine Verordnung über das Verhalten der Polizeibehörden bei Streiks. Diese Verordnung bedeutet nichts anderes als einen Paragraphengalgen für das Streikpostenstehen. Die Aufstellung von Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen kann zwar nicht verboten werden, sofern aber die Streikposten Arbeitswillige oder andere Personen „belästigen“, sind sie fortzuweisen. Als Belästigung ist es schon anzusehen, wenn Personen von den Streikposten angesprochen oder „augenfällig begleitet“ werden. In solchen Fällen kann die Polizei die Aufstellung von Streikposten glattweg verbieten. Des Pudels Kern ist also ein bedingtes und verklausuliertes Verbot des Streikpostenstehens. Darüber können die Verordnenden und Verwaltenden ebensowenig im unklaren sein wie die Proletarier. Will der Streikposten seine Pflicht tun, so wird er Leute „augenfällig begleiten“ und auch ansprechen müssen, die er auf das Bestehen eines Streiks und schließlich auch auf ihr unsolidarisches Verhalten aufmerksam zu machen hat. Welchen Zweck hätte sonst das Streikpostenstehen? Es ist ein wichtiger Teil der Ausübung des Koalitionsrechts. Wilden sich die Scharfmacher und ihre getreuen Diener im Staate wirklich ein, daß sich die Arbeiter durch Paragraphenwerk und Büttelschneidigkeit um ihr Koalitionsrecht pressen lassen? Die Ausgebeuteten sind es gewöhnt, in ihrem Befreiungskampf Opfer zu bringen, sie werden mit verstärkter Kraft den Kampf gegen die Mücken und Tüden der Reaktion aufnehmen.

Wie nötig es ist, daß sie den Fuß beim Mal halten, um die Koalitionsfreiheit zu schützen, beweist eine Äußerung der altnational-liberalen Reichs-Korrespondenz. Diese redet der Reichsregierung ins Gewissen, die Vorbereitungen zu einer Keuregelung des Arbeitswilligenschutzes doch mit „etwas mehr Dampf“ zu betreiben. Den Scharfmachern ist nämlich ihr Mai etwas verregnet. Eine Kammergerichtsentscheidung hat die Streikpolizeiverordnung des Herrn v. Dollwiz und einiger preussischer Oberpräsidenten wenigstens zum Teil für ungültig erklärt. Das schriftliche Urteil liegt allerdings noch nicht vor, und wie verlautet, ist es in einem wesentlichen Teile nach dem Herzen der Reaktionsäre ausgefallen. Aber das genügt den Herren nicht, sie verlangen ganze Arbeit. Polizeiverordnungen zum „besseren Schutze der Arbeitswilligen“ werden denn auch auf Anregung des preussischen Ministers des Innern in vielen Regierungsbezirken vorbereitet. Gleichzeitig findet auf Veranlassung des Ministers eine Umfrage statt, ob die bestehenden Gesetze zum Schutze Arbeitswilliger ausreichen oder ob weitere gesetzgeberische Maßnahmen erwünscht seien. Mit beiden Händen greifen die Unternehmer nach dieser von der Regierung dargereichten Fruchtshale. Gilt es doch, die zwar schmutzige, aber so brauchbare Sippschaft der Streikbrecher zu schützen. Daß diese Ordnungsfürken außerdem Kuppler, Zubhälter, Betrüger, Rowdies und Polizeiaagenten sind, daß sich unter ihnen Nordbuben vom Schläge Keilings befinden, was tut's? Gegen den Kurs der Regierungen zu Ruh und Frommen der kapitalistischen Ausbeutung gibt es für die Arbeiterschaft nur eine Antwort: Kampf.

Lohnbewegungen und Streiks wurden in den letzten Wochen nur in geringer Zahl und in kleinem Umfang geführt. In Breslau dauert allerdings noch der große Metallarbeiterausstand in den Linke-Hofmann-Werken fort, etwa 8500 Personen sind daran beteiligt. Die Arbeiter wehren sich hier gegen Lohnverkürzungen. Nach zwanzigwöchigem Kampfe kam es erneut zu Verhandlungen, die jedoch ohne Ergebnis blieben. Auch der Malerstreik in Koblenz geht weiter, der die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifs zwingen soll. In Oesterode am Harz traten die Gips-

arbeiter in den Ausstand, weil ihnen eine geringe Lohnzulage versagt wird. Die Unternehmer der Brauereien in Kassel lehnten einen neuen Tarifabschluß zu den Bedingungen ab, die von den Arbeitern gefordert wurden. Diese traten daraufhin in den Streik. Im Bäckergerwerbe wird in Ludwigshafen, Mülhausen i. E., Freiburg i. Br. und in den Brotfabriken des Wuppertals gestreikt. Die Glasarbeitersperre in der Lausitz, die sich anfangs auf fünf Drie erstreckte, hat an Ausdehnung gewonnen. Im Dachdeckergerwerbe konnten einige partielle Ausstände mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Ebenso endete die Aussperre in den Granitwerken des Fichtelgebirges mit einem beachtenswerten Erfolg für die Arbeiter. Aber die Fleischwarenfabrik von Siems in Apen mußte die Sperre verhängt werden. Der Unternehmer war nicht zur friedlichen Beilegung der Differenzen zu bewegen. Die Firma führt ausschließlich Wüchsenfleisch (Cornedbeef), das unter dem Namen „Siems Kraftfleisch“ im Handel ist.

Bei dem Ausstand in den Rheinlauerwerken in Monheim war die Streikleitung und dreißig Streikende verhaftet worden. Sie mußten sämtlich wieder freigelassen werden. Nun legte sich die Polizei für den bedrängten Unternehmer in anderer Weise ins Zeug. Eines schönen Tages erschien sie in aller Herrgottsfrühe in der Wohnung zweier Streikenden und verlangte, sie sollten die Mitgliedsbücher des Bauarbeiterverbandes herausgeben. Sie begründete das damit, daß die beiden Arbeiter noch nicht das zur Mitgliedschaft berechtigte Alter besäßen. Das war unzutreffend, aber alle Einwendungen nützten nichts, die Beamten zogen mit den Wüchern ab. Von einem anderen Ausständigen, einem Holländer, verlangte die Polizeibehörde, daß er sich die Ausländerkarte besorge. Als der Mann dieser Weisung nachkommen wollte, wurde ihm die Karte verweigert. Der bestreikte Unternehmer selbst beschäftigt 81 Ausländer als Streikbrecher. Ob die Polizei von ihnen gleichfalls die Legitimationkarte eingefordert hat?

Wie die Gelben von den Unternehmern ausgehalten werden, beweisen wieder einmal recht drastisch zwei Fälle aus neuerer Zeit. Dem geistigen Vater des gelben Bänderbundes ist von den Bänderinnungen allerhand Schnödes widerfahren. Nun plaudert er in seinem Ager einige Intimitäten aus. Danach haben bei der Gründung des gelben Bundes im Jahre 1906 einzelne Innungsverbände 150 bis 8000 M. spendiert. Interessanter noch ist es, was wir über die Subvention einer in Magdeburg erscheinenden gelben Tageszeitung durch die Unternehmer erfahren. Das Blatt ist kürzlich von einer neugegründeten Gesellschaft übernommen worden. Ein ehemaliger Abteilungsvorsteher des Krupp-Grusonwerkes wurde Geschäftsführer. Das Gesellschaftskapital von 109000 M. brachten namhafte Eisenhüttenwerke und Maschinenfabriken in Anteilen von je 1000 bis 30000 M. auf. In dieser erlauchten Gesellschaft von Gelbbeuteln befindet sich auch der Magdeburger Polizeipräsident mit 1000 M. Anteil. Können sich die Magdeburger Gelben noch einen kräftigeren Schutzpatron wünschen als den obersten Schutzmann ihrer Stadt?

Seltene Ansichten über die Sonntagsruhe kamen neulich auf einer Diözesanversammlung in Sachsen zum Vortrag. Ein Pastor meinte unter anderem, daß es Sonntagseinteiligung sei, wenn am Karfreitag, dem höchsten christlichen Feiertag, Kuchen gebacken und Vereinsbeiträge während des Gottesdienstes laffiert würden. Tanzvergünstigungen an den Vorabenden der Festtage sollten natürlich auch verboten sein. Daß die Hausfrau hier und da einmal an Festtagen ihren Kuchen backt, verdammnen die Gottesstreiter als strafliche Tat. Daß aber Hunderttausende von Handlungsangestellten an jedem Sonntag stundenlang beschäftigt werden, das stört ihre Christlichkeit nicht einen Augenblick. Sollen sie sich etwa für die Sonntagsruhe im Handeldgerwerbe begeistern? Das gibt es nicht. Der kapitalistische Profit ist den Herren immer der Esel oder Dämon, der in die Grube gefallen ist und nach dem Evangelium auch am Sabbat herausgezogen werden muß. Brack und Kulte sind ein Herz und eine Seele. Wie nannte doch der Nazarener die Händler und Wucherer im Tempel? Heuchler und Ockernegezücht! #

**Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation in Nürnberg.** In Nürnberg sind nunmehr neben 40 000 Arbeitern gegen 14 000 Arbeiterinnen organisiert. Im letzten Berichtsjahr betrug der Zuwachs weiblicher Organisierter rund 400. Am 1. Januar 1913 gehörten 22 Verbänden 13 513 Arbeiterinnen an, am Jahreschluß aber 13 911. Die meisten weiblichen Mitglieder zählt mit 6236 der Metallarbeiterverband, dann folgt der Holzarbeiterverband mit 2735 und der Verband der Fabrikarbeiter mit 1437. Die Buch- und Steindruckhilfsarbeiterinnen haben 524 Frauen und Mädchen organisiert, die Buchbinder 506, die Schuhmacher 437, die Transportarbeiter 360, von den Hausangestellten sind 341 organisiert,

von den Textilarbeiterinnen 331, den Handlungsgehilfinnen 311, den Schneiderinnen 157, den Sattler- und Portefeullerinnen 145, den Lebküchenerinnen 118, Kellnerinnen 73, Gemeinbearbeiterinnen 58, Braneriarbeiterinnen 39, Lederarbeiterinnen 27 und 14 Porzellanarbeiterinnen, 12 Malerinnen, Bureauangestellte 7, Tabakarbeiterinnen 7 und Tapeziererinnen 2. Die Arbeiterinnenversammlungen wurden meist gleich nach Feierabend gehalten, eine Maßnahme, die sich bewährt hat. Für die Versammlungen der Hausangestellten kommen nur Sonntagnachmittage in Betracht und für die Wäscherinnen und Putzfrauen die Wochentagsabende. Auf besonderen Wunsch der organisierten Arbeiter wurden Vorträge gehalten über die niedrige Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft, verglichen mit dem Verdienst der männlichen Berufsgenossen. Diese Veranstaltungen waren besonders stark besucht. So wies eine Betriebsversammlung der Metallarbeiterinnen 600 Teilnehmerinnen auf, ihre Leitung lag in den Händen einer Arbeiterin, der weiblichen Vertrauensperson ihrer organisierten Berufsgenossinnen. Gut besucht waren auch die Arbeiterinnenversammlungen, in denen ich über die Organisationsfrage: „Selb oder frei“ referierte. Eine zahlreiche Zuhörerinnenchar fanden ebenfalls die Vorträge über „Die Einführung der Ortskrankenkasse“, „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ und „Die Arbeiterin als Hausfrau und Mutter“. Mit großem Interesse folgten die Hausangestellten der Behandlung des Themas: „Im Reiche der Hausfrau“. Der Titel war einer Berliner Ausstellung entlehnt, wo unter anderem ein geschmackvolles weißes Dienstmädchenzimmer gezeigt wurde. Die Mädchen, die davon hörten, riefen: „Das ist schon recht, aber lieber wäre es uns, wir hätten die hygienische Schlafstube.“ Um die Arbeiterinnen als Mütter zu bilden, fanden Versammlungen statt, in denen Ärzte über die Säuglingsfürsorge referierten. Die nicht verstummenden Forderungen in Arbeiterinnenversammlungen, die Proletarierinnen als Mütter besser für die Erfüllung ihrer Pflichten auszurüsten und sie dabei zu unterstützen, ist nicht vergebens geblieben. Die Stadt unterhält nun 8 Mutterberatungsstellen und hat für Säuglingsfürsorge 68 000 M. in den Etat dieses Jahres eingestellt.

Bei der Krankenkassenwahl übten die Arbeiterinnen das erstmalig das Wahlrecht zu einer sozialen Vertretung aus, auch die Dienstmädchen taten dies in guter Zahl und verlangten die Liste der freien Gewerkschaften. Die starke Beteiligung an der Wahl und namentlich die Wahl selbst haben bewiesen, daß die Nürnberger Arbeiterinnen für den richtigen Gebrauch des Wahlrechts reif sind. Große Aufmerksamkeit und viel Arbeit wird den Hausangestellten zugewendet. Jährlich strömen Tausende junger Dienstmädchen vom Lande in die Stadt. Unerfahren und organisationslos sind sie deren Fährnissen preisgegeben, oft genug dazu der Verführung in den verschiedensten Herrschaftshäusern. Der Herr oder der Sohn versteht es dort, durch kleine bestechende Geschenke die Mädchen um ihren Halt im Leben zu bringen. Im letzten Jahre waren Selbstmordversuche von Dienstmädchen außerordentlich häufig und weisen auf die vielen schreienden Abel im Arbeitsverhältnis der Dienenden hin. 1913 wurden im Arbeiterssekretariat Nürnberg über 1000 Auskünfte in Dienstmädchenstreitigkeiten erteilt. Von den Auskunft holenden Mädchen war ein Drittel organisiert, ein Drittel der Organisation nicht abgeneigt, aber die übrigen kannten den Hausangestelltenverband nicht einmal dem Namen nach. Da aus den Reihen der Dienstmädchen wohl Tausende von gewerblich tätigen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen hervorgehen, so liegt auf der Hand, wie wichtig und wertvoll die mühselige Arbeit der Aufklärung unter den Dienenden ist. Auch diese Schicht der Ausgebeuteten muß erweckt und der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden. Helene Gröndberg.

**Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.** Die Mai-zählung ergab insgesamt 1116 Arbeitslose, darunter 379 Arbeiterinnen; im Vormonat wurden 1384 und im Mai des Vorjahres 1180 Arbeitslose gezählt. Am gleichen Stichtage meldeten sich auf der Reise 117 Arbeitslose, im Vormonat 133 und im Mai des Vorjahres 189. Die Mai-zählung ergab einen Mitgliederstand von 81 671 Arbeitern und 52 992 Arbeiterinnen, zusammen 134 663 Mitglieder. Von der Zählung wurden 97 Prozent der im Verband Organisierten erfasst. sk.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Gegen Ende Mai wurde in Berlin der vierte Bundesstag des „Bundes der Festbesoldeten“ abgehalten, der unter anderem auch Stellung nahm zu der Konsumgenossenschaftlichen Organisation der Beamten und Privatangestellten. Der Grund dazu wurde zwar

nicht besonders angegeben; aber es ist keinen Augenblick zweifelhaft, wo wir ihn zu suchen haben. Seit Jahren haben sich die Mittelstände der Beamten vorgeknöpft und in skrupelloser Weise deren staatsbürgerliche Freiheit auf dem wichtigen Gebiet des Warenbezugs zu beeinträchtigen versucht. Die organisierten Krämer bedienen sich zu diesem Zweck der unlantersten und rücksichtslosesten Mittel. Sie machen die vorgeordneten Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gegen die Beamten und die Unternehmer gegen die Privatangestellten mobil. Die Absicht ist klar. Alle diese heißen Gemüthungen gipfeln in der Forderung, den Festbesoldeten den gemeinschaftlich organisierten Warenbezug überhaupt zu verbieten. Das wurde jüngst erst wieder unverblickt auf einem Verbandstag der sächsischen Rabattspareinler gefordert. Ein konservativer Landtagsabgeordneter erklärte in seinem Referat ganz offen, die Beamten dürfen als solche auf diesem Gebiet nicht die Bewegungsfreiheit haben, die jeder andere Staatsbürger hat. Dabei wurde wieder der alte auf die Behörden und bürgerliche Parteien berechnete Kniff des „staatsbehaltenden“ Charakters der Mittelständler angewendet. Sie heißen bestreuen vom Staate Unterstützung und verlangen, daß man es den Beamten vorschreibe, daß er seine Ware eben bei diesen staats-treuen Krämer einzukaufen und ihm die Taschen mit dem sauer verdienten Gelde zu füllen hat. Eine Hand wäscht die andere.

Dieses Geschrei hat nun auf der Berliner Tagung der Festbesoldeten einen starken Widerhall gefunden. Freilich einen ganz anderen Widerhall, als sich die Händler wünschen mögen. Sie haben das gerade Gegenteil dessen erreicht, was sie anstrebten! Der Referent ließ (unter dem lebhaften Beifall der Versammlung) keinen Zweifel darüber, daß die Konsumgenossenschaftliche Organisation auch für die Beamten, besonders das große Heer der unteren, nicht nur möglich, sondern sogar dringend nötig sei. Aus dem Referat seien nur folgende Sätze wiedergegeben: Die auf kapitalistischer Basis betriebene Gütererzeugung und Güterverteilung macht einen Einfluß der Konsumenten auf die Preisbildung unmöglich, da für Produzenten und Händler nicht die Bedürfnisse und Wünsche der Konsumenten, sondern die eigenen Profitinteressen ausschlaggebend sind. Dazu kommt, daß die wirtschaftspolitische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte auf die Einkommensverhältnisse der breiten Konsumentenschichten wenig oder gar keine Rücksicht genommen hat, so daß die Kaufkraft des Einkommens auch aus diesem Grunde ständig abnimmt. Der beste Beweis dafür wird durch die Wirtschaftsberechnungen der Festbesoldeten erbracht, aus denen hervorgeht, daß zwei Drittel der Festbesoldeten mit ihrem Einkommen nicht ausreichen, mithin auf Nebenarbeit, Nebenverdienst der Frau, Zuschüsse und Unterstützungen angewiesen sind. Die wirtschaftliche Selbsthilfe der Konsumenten ist deshalb durchaus geboten. Die Beamten und Privatangestellten müssen alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet erscheinen, die Kaufkraft des Einkommens zu erhöhen und einer weiteren Verteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse entgegenzuwirken. Als ein geeignetes und bewährtes Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe ist die Konsumgenossenschaftliche Organisation anzusehen, deren weitere Entwicklung deshalb weder durch steuerliche noch sonstige Ausnahmegesetze gehemmt werden darf. Gegenüber den Beschwerden gewerblicher Kreise über die Konsumgenossenschaftliche Betätigung der öffentlichen Beamten ist zu betonen, daß der Beamte wie jeder andere Staatsbürger das Recht hat, über sein Einkommen und seine freie Zeit nach eigenem Ermessen zu verfügen. Die Angriffe der betreffenden Kreise sind deshalb als unberechtigte Eingriffe in die staatsbürgerlichen Rechte der Festbesoldeten zurückzuweisen. Schon heute sind nach einer vorsichtigen Schätzung ungefähr 300 000 Beamte in Konsumgenossenschaften organisiert; eine Vereinträchtigung dieses ganz selbstverständlichen Staatsbürgerrechts würde also weite Kreise der Beamten wirtschaftlich empfindlich treffen. Will man aber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Festbesoldeten genauer ermitteln, so muß man auch die heute schon in Konsumgenossenschaften organisierten Privatangestellten berücksichtigen, die man auf ungefähr 100 000 schätzen kann, so daß mit den Familienangehörigen schon heute gegen 1 1/4 Millionen Menschen aus der Berufsgruppe der Festbesoldeten sich dieser fortgeschrittenen Warenverteilungsform bedienen. — Das ist deutlich genug! Eine Resolution, ganz im Sinne dieser Ausführungen gehalten, wurde einstimmig angenommen. Die Mittelständler haben wieder einmal das Böse gewollt und das Gute erreicht. Den Besoldeten ist nur noch zu sagen, daß sie auch die politischen Konsequenzen aus diesem Falle zu ziehen haben. Denn die Mittelständler sind auf diesem Gebiet genau so reaktionär wie auf dem wirtschaftlichen.

Ein Gegenstück zu dem erfreulichen Berliner Vorgang bietet der Verbandstag deutscher kaufmännischer Genossenschaften,

der Mitte Mai in Dortmund abgehalten wurde. Die gleichen Leute, die sich selbst zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile des genossenschaftlichen Systems bedienen, witterten aus Leibeskräften gegen die Genossenschaften der Arbeiter, gegen die Konsumvereine. In leichtfertigster Weise wurden die unerhörtesten Vorwürfe erhoben. Die Herren würden in eine sehr üble Lage kommen, wenn sie ihre Behauptungen beweisen müßten. So zum Beispiel die völlig aus der Luft gegriffene Verdächtigung, daß die Konsumvereine ihre Käufer durch falsche Angaben absichtlich täuschten. Wenn solche Schimpfreden auch keinen großen Eindruck mehr machen, weil sie mit mechanischer Regelmäßigkeit hergeleiert werden, so ist doch solches Gebahren immerhin bezeichnend für eine Auch-Genossenschaft!

Auch die Berliner Konsumvereinsbewegung, die sich lebhaft vorwärts entwickelt, scheint den Mittelständlern allmählich Sorge zu machen. In einer auffälligen Notiz eines Teils der bürgerlichen Presse wurde kürzlich ein großes Gejammer und Getöse über „das sozialdemokratische Genossenschaftswesen und den Ruin des Mittelstandes“ angestimmt. Es heißt in dem Klagegedicht: „Es ist selbstverständlich, daß mit dem ungeheuren Wachsen der sozialdemokratischen Konsumvereine, mit dem Errichten eigener Fabriken die kleinen Geschäftsleute, namentlich in den Arbeitergebieten, arg beeinträchtigt werden müßten, stellenweise den Todesstoß erhielten. Von vielen Geschäftsinhabern wird versichert, daß sie früher ein ganz leidliches Auskommen hatten, mit der Ausbreitung der Konsumvereine aber der Absatz rapid herabgedrückt wurde. Wie wir hören, werden deshalb auch demnächst in allen Stadtvierteln Berlins Massenversammlungen der kleinen Gewerbetreibenden stattfinden, um gegen die Konsumvereine Front zu machen. Detailsvereine wollten in Eingaben an die Regierung diese ersuchen, in irgend einer Weise gegen die Konsumvereine einzuschreiten. Davon haben sie aber Abstand genommen, weil die Regierung hierin doch nichts tun kann. Es bleibt eben nur die Möglichkeit, daß sich die Kleingewerbetreibenden zu Einkaufsgenossenschaften zusammenschließen, um so billiger verkaufen zu können.“ Der letzte Satz ist der einzig vernünftige in diesem Lamento. Das „Frontmachen“ gegen die Konsumvereine hat bisher nur den Konsumvereinen genützt. Weniger schimpfen und klagen, mehr handeln und Selbsthilfe treiben, das ist das einzige, was dem Mittelstand wenigstens vorübergehend noch auf die Beine helfen könnte.

Der Verband württembergischer Konsumvereine besteht jetzt zehn Jahre. In dieser Zeit stieg die Zahl der angeschlossenen Vereine von 38 auf 89, die der in diesen tausenden Mitglieder von 41126 auf 102832. Der Umsatz betrug 1905 12966121 M., 1913 27805811 M., die Erübrigung der Mitglieder 1457336 M. bzw. 2661279 M. Insgesamt wurden in den zehn Jahren 200 Millionen Mark Umsatz erreicht und den Mitgliedern an direkten Erparnissen nahezu 20 Millionen Mark zugewendet. Interessant ist die wachsende Teilnahme der Angehörigen derjenigen Kreise, die man zum Mittelstand rechnet. Seit 1908 stieg die Zahl der in württembergischen Konsumvereinen organisierten selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte von 9337 auf 14454, die der Beamten und Unterbeamten, freien Berufe, Privatiers usw. von 14785 auf 20018. Die Zahl der gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen stieg in der gleichen Zeit von 44395 auf 68759.

Auf dem während der Pfingstfeiertage in Dublin abgehaltenen 46. Jahrestag der britischen Genossenschaftler wurden folgende Ziffern bekannt gemacht, die von dem unaufhaltsamen Fortschritt bereites Zeugnis ablegen. Der Gesamtumsatz der britischen Genossenschaften betrug im Jahre 1913: 130011066 Pfund (2000221320 M.), 7125655 Pfund (142513100 M.) mehr als in dem vorhergehenden Jahre. Das Kapital der Genossenschaften setzte sich aus 41199373 Pfund (822387400 M.) an Anteilscheinen der Mitglieder und 13800000 Pfund (276000000 M.) an Darlehen, die zu zwei Dritteln von den Genossenschaftlern gestellt wurden, zusammen. Der Geschäftsgewinn betrug 14260414 Pfund (285208280 M.), 971108 Pfund (19422160 M.) mehr als im vorhergehenden Jahre. Die Zahl der Genossenschaftler nahm um 134198 zu und belief sich am Ende des Jahres 1913 auf 3011890. Die Reserven betragen 5819123 Pfund (116382400 M.). Die Genossenschaftsbewegung beschäftigt 145774 Personen, denen sie an Lohn und Gehältern im Jahre 8491448 Pfund (169828900 M.) zahlt. Der Vorfisende führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß die Zeit gekommen sei, wo sich die Genossenschaftsbewegung, die sich bisher meist nur mit dem Verteilen der Waren beschäftigt habe, mit der Warenherstellung in großem Maßstab befassen müsse.

An der Universität in Zürich sollen besondere Vorlesungen über das Genossenschaftswesen eingeführt werden. Und zwar ist der leitende Gesichtspunkt nicht in erster Linie die Ausbildung von künftigen

Leitern oder Beamten von Genossenschaften. Wenn auch diese Aufgabe nicht außer acht gelassen werden soll, so ist doch als Hauptaufgabe zu betrachten, die zahlreichen Studierenden, an die im späteren Leben die Aufforderung zur praktischen Betätigung in sozialpolitischem Sinn herantritt, mit der Bedeutung des Genossenschaftswesens bekannt zu machen. Als Themen sind vorgesehen: Einführung in die wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des Genossenschaftswesens, einstündig für Hörer aller Fakultäten. Genossenschaftsrecht, zweistündig, abwechselnd mit einstündigen praktischen Übungen über Genossenschaftsrecht. Buchhaltung und Betriebslehre vom Standpunkt des Genossenschaftswesens, zweistündig, je das zweite Semester durch einen Praktiker. Das Konsumvereinswesen mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, ebenfalls mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz, und unter Führung mit der landwirtschaftlichen Abteilung der eidgenössischen technischen Hochschule. Zur wirksamen Förderung dieser Veranstaltungen ist außerdem ein Genossenschaftsseminar und eine entsprechende Bibliothek in Aussicht genommen. H. F.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

**Dienstbotenverhöhnung im Kino.** Aber die Herabwürdigung der Arbeiterbewegung und ihrer Bestrebungen durch tendenziös gefärbte, sentimentale Filmbildungen ist in der „Gleichheit“ schon berichtet worden. Heute wollen wir die Tendenz eines neuen Filmlustspiels festnageln, das Stoff zum Lachen geben soll auf Kosten eines Berufs, dessen Angehörige ganz besonders unter den geltenden Gesetzen und Arbeitsbedingungen leiden. Es handelt sich um die Dienstmädchen. Von Filmbild mit dem Titel: „Minna putzt sich“ oder so ähnlich wollen wir nicht erst reden. In der Kellern für das Filmlustspiel „Gesucht wird ein Mädchen für alles“ heißt es ausdrücklich, daß es fein und scharf beobachtete Bilder aus dem täglichen Leben zeige. Das Stück soll den Typus des Dienstmädchens schildern und schließt mit einer Lächerlichmachung des Organisationsgedankens, der sich erfreulicherweise auch in den Reihen der Hausangestellten Bahn bricht.

Das Lustspiel ist zu blöd, um darüber lachen zu können. Die Handlung ist kurz folgende: Eine Familie engagiert ein „Mädchen für alles“, das arme Geschöpf, das sich vorstellt, macht den Eindruck einer vollkommenen Blödsinnigen. Dennoch wird es genommen und leistet sich in seiner Stellung eine Reihe ungläublicher Dummheiten, bis es schließlich knall und Fall gehen muß. Beim Abgang hat das Mädchen ein dreimal so großes Bündel, als es mitgebracht hat. Da es sich „um fein und scharf beobachtete Vorgänge aus dem täglichen Leben handelt“, so läßt das größere Bündel nach dem kurzen Dienst von einem oder zwei Tagen nur eine Deutung zu, die beleidigend für alle Mädchen ist, die als Hausangestellte ihr Brot suchen. Nun wird ein zweites Mädchen eingestellt, ein Fräulein, das sofort auf den Hausherrn verliebte Blide wirft und auch den Sohn des Hauses, einen fünfzehnjährigen Jungen, dabei nicht leer ausgehen läßt. Vater und Sohn sind im verliebten Tändeln einander würdig, und die männlichen Gäste des Hauses stehen ihnen nicht nach. Einer übertrifft natürlich den andern, und auch die Hausfrau sieht, was los ist. Schließlich wird „Fräulein“ hinausgeworfen und ein äußerlich recht nettes und bescheidenes Mädchen tritt den Dienst an. Die dritte „Mei“ aber fährt mit der ganzen Hand in Töpfe und Schüsseln und läßt ihre Gäste in Abwesenheit der Herrschaft in der fürchterlichsten Weise hausen. Auch dabei natürlich Überraschung: Gäste und Mädchen stiegen aus dem Hause. Zum Schluß aber hält der Dienstmädchenverein eine Versammlung ab und fordert zum Vortritt der Herrschaft auf, die in einer Woche dreimal mit den Mädchen gewechselt hat. Kann man sich eine schändlichere Herabsetzung der Mädchen, eine dreifache Verhöhnung ihrer Organisationsbestrebungen denken. Als typische Eigenschaften der Hausangestellten werden Frechheit, Dummheit, Lieberlichkeit, Unsauberkeit und Unehelichkeit hingestellt, die lammfrommen Familien sind schuldig den Lastern ihrer dienstbaren Geister preisgegeben. Damit nicht genug, werden auch die Organisationsbestrebungen der Hausangestellten lächerlich gemacht. Das Geschrei von der Dienstmädchenfrage hat ein ehrwürdiges Alter. Wäre es tatsächlich begründet, so würden die meisten Familien, die sich Dienstmädchen halten, ihre Arbeit selbst verrichten. Das geschieht aber nicht. Müßten sie es tun, sie würden dabei genau so schwinen und verzweifeln wie die Familie im Film — Mann, Frau, Sohn und Tochter —, die alle vier zusammen das nicht fertigbringen, was ein Mädchen für alles ohne weiteres neben der persönlichen Bedienung leisten muß. Die Nichtachtung des Berufs

der Mädchen wird aber so lange dauern, als diese sich das gefallen lassen. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo sich auch die Hausangestellten Achtung ihrer Person und ihrer Arbeit erkungen haben werden. Das Mittel dazu ist die Organisation, die im Film verspottet wird. Mögen die Mädchen daraus lernen.

G. H.

**Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.**

**Arbeitslosigkeit im Monat April 1914.** Für die weiblichen Erwerbstätigen hat sich die Lage des gewerblichen Arbeitsmarkts im April weiter gebessert. Aber wie schon im Vormonat entfällt die Zunahme der Beschäftigten fast ausschließlich auf die Saisongewerbe, während andere wichtige Industrien und Gewerbe keine Besetzung, ja sogar einen Rückgang aufweisen. Auch das „Reichsarbeitsblatt“ muß das feststellen und — von geringen Ausnahmen abgesehen — industrielle Firmen bestätigen es. In ihren Berichten klagten sie meist über schlechte Preise und Mangel an Aufträgen. Von 306 Unternehmungen, die Angaben über die Zahl der von ihnen im Berichtsmonat und im gleichen Monat des Vorjahrs beschäftigten Arbeiterinnen gemacht haben, wurden im April 1914 insgesamt 30681 Arbeiterinnen beschäftigt, das sind 379 weniger als im April 1913.

Nach den Feststellungen von 867 Arbeitsnachweisen — 89 hatten diesmal nicht rechtzeitig berichtet — wurden im April für weibliche Erwerbstätige insgesamt 111373 offene Stellen gemeldet, denen 104710 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Unter diesen befanden sich noch rund 13000, die vom Vormonat übernommen worden waren. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten aber nur 68029 im Laufe des Monats besetzt werden, es blieben demnach nicht weniger als 36681 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 94 weibliche Arbeitsuchende, während die entsprechenden Zahlen im Vormonat 92 und im April 1913 96 betragen haben. Das ließe auf eine Verschlechterung im Vergleich zu dem Vormonat, jedoch auf eine Verbesserung verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahrs schließen. Die höchste Verhältniszahl wurde im Berichtsmonat wiederum in den thüringischen Staaten ermittelt, dort kamen 151 weibliche Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen, dann folgten Schlesien mit 129, Bayern mit 117, Polen mit 115; ferner die freie Stadt Hamburg mit 110, Elsaß-Lothringen mit 103, Berlin und Brandenburg mit 96 usw., endlich die Provinz Hannover mit 74. Nach Berufsgruppen geordnet waren die Erwerbsmöglichkeiten für die weiblichen Arbeitskräfte am ungünstigsten im Handelsgewerbe, in der Metall-, Nahrungsmittel-, Textil-, Papier- und Lederindustrie sowie bei Fabrikarbeit ohne nähere Bezeichnung. Namentlich in der letztgenannten Gruppe haben sich die Beschäftigungsverhältnisse gegen beide Vergleichszeitpunkte ganz wesentlich verschlechtert.

An den gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen im Monat April 1914 beteiligten sich 36 Organisationen, die zusammen 213158 weibliche Mitglieder umfassen, gegen 221318 im April 1913. In diesen Verbänden wurden am Ende der letzten Woche des April insgesamt 3569 Arbeiterinnen als arbeitslos gemeldet, das sind 1,7 vom Hundert der Mitgliederzahl. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres, wo 3195 weibliche Arbeitslose (in Prozent 1,5) ermittelt wurden, ist das eine Zunahme der organisierten weiblichen Arbeitslosen von 374 oder 12 Prozent. Die meisten weiblichen Beschäftigungslosen hatte in diesem Monat verhältnismäßig der christliche Stenographen-Verband mit 12,5. Ebenfalls hohe Prozentzahlen weisen noch auf der Hirsch-Dundersche Holzarbeiter-Verband mit 6,6, die freien Verbände der Tapezierer und der Fleischer mit je 3,2 und der Fabrikarbeiter-Verband mit 3,1. Einen erheblich niedrigeren Prozentsatz arbeitsloser weiblicher als arbeitsloser männlicher Mitglieder finden wir in folgenden Verbänden mit einer größeren Anzahl weiblicher Verbandsangehöriger. Bei den Metallarbeitern waren 2,1 vom Hundert der weiblichen gegen 3,2 vom Hundert der männlichen Mitglieder arbeitslos. Wesentlich schärfer war die Spannung bei den Bäckern, hier entfielen auf die männlichen 7,9 vom Hundert, auf die weiblichen Mitglieder nur 1,3 vom Hundert an Arbeitslosen. Bei den Hutmachern waren 2,4 vom Hundert der männlichen gegen 1,0 vom Hundert der weiblichen und bei den Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeitern 3,3 vom Hundert der männlichen gegen 1,4 vom Hundert der weiblichen Mitglieder beschäftigungslos. Ungünstiger dagegen war der Stand der Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern des christlichen Textilarbeiter-Verbandes. Hier standen 1,1 Arbeitslose vom Hundert der weiblichen 0,7 vom Hundert der männlichen Mitglieder gegenüber. Bei den freigeorganierten Fabrikarbeitern liegen die Dinge noch schlimmer, sie stellen 3,1 vom Hundert der weiblichen gegen 1,9 vom Hundert der männlichen Mitglieder als beschäftigungslos.

**Die Arbeitslosigkeit in der Stickereiindustrie des sächsischen Vogtlandes** hat seit zwei Jahren eine Höhe erreicht, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war. Angeregt durch die Organisationsleitung, fand am 13. Mai erneut eine Zählung der stillstehenden Stickmaschinen statt. Sie erstreckte sich auf die Filialen Falkenstein, Olsnitz und Plauen und erfaßte 75 Prozent aller hier überhaupt vorhandenen Maschinen, und zwar 6964 Pantographenmaschinen und 436 Automaten. Auf die drei Orte verteilten sie sich wie folgt:

	Gezählte Maschinen	Davon standen still
Plauen:	8526 Pantographen	1908 = 54 Prozent
	347 Automaten	172 = 49,5 "
Falkenstein:	2657 Pantographen	1427 = 53,8 "
	73 Automaten	20 = 27,4 "
Olsnitz:	781 Pantographen	385 = 49,2 "
	16 Automaten	8 = 50 "

Von insgesamt 6964 Pantographenmaschinen standen 3720 oder 53,4 Prozent still, von 436 Automaten 200 oder 45 Prozent. Bei der Zählung am 10. Juni 1913 waren von 5552 Maschinen 2135 oder 38,5 Prozent stillgestanden. Die Krise im Stickereigebiet hat sich also in knapp Jahresfrist noch bedeutend verschärft. Rechnen wir auf jede Maschine nur zwei Personen Bedienung — vielfach sind drei Personen an einer Maschine beschäftigt —, so wären nach der Erhebung vom 13. Mai 1914 mindestens 10344 Personen weniger beschäftigt gewesen als in der Zeit normalen Geschäftsganges.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat im Jahre 1913 an Arbeitslosen- und Rotunterstützung 362442 M. ausgezahlt. Davon entfielen auf die drei Orte Falkenstein, Olsnitz und Plauen allein 48692 M. oder 15 Prozent. Die Mitgliederzahl daselbst betrug 1913 im Jahresmittel 7280, das sind von der Gesamtmitgliederzahl nur rund 5 Prozent. Diese Zahlen offenbaren die schlechte Lage der Stickereiarbeiterschaft. Not und Elend ist über Tausende von Proletariaten hereingebrochen. Anzeichen auf Besserung für die nächste Zukunft sind noch nirgends erkennbar. Und was uns an Not und Elend im sächsischen Stickereigebiet entgegenrückt, ist nur ein kleines Einzelbild aus unserer vielgepriesenen „göttlichen Weltordnung“. sk.

**Soziale Gesetzgebung.**

**Der freie Sonnabendnachmittag der Textilarbeiterinnen.**

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat im Herbst 1913 eine intensive Agitation für die gesetzliche Festlegung des freien Sonnabendnachmittags der Arbeiterinnen unternommen. Eine entsprechende Petition mit 215777 Unterschriften wurde dem Reichstag eingereicht. Am 11. Juni ist dem Verbandsvorstand die Antwort darauf zugegangen. Sie lautet in bereiteter Kürze:

Reichstag.  
Antwort auf die Petition Berlin NW 7, den 6. Juni 1914.  
vom Januar 1914.

Ihre Petition ist infolge Schlußes der Session nicht mehr zur Erledigung im Plenum des Reichstags gelangt. Den von der Petitionskommission erstatteten Bericht füge ich bei.

Der Direktor beim Reichstag:  
Jungheim.

Was sagt der Bericht der Petitionskommission zu unserem beschiedenen Verlangen?

„Der Deutsche Textilarbeiterverband fordert das Verbot der Arbeit an Sonnabendnachmittagen in den Betrieben der Textilindustrie. Begründet wird die Petition damit, daß die Zahl der in den Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr steige. 1907 seien 8243498 Frauen erwerbstätig gewesen. Die Zahl der verheirateten und verwitweten Frauen habe im Jahre 1907 46,2 Prozent betragen. Diese letzteren seien besonders schwer belastet dadurch, daß sie vor der Arbeit und nachher in der Regel für das leibliche Wohl der Familie sorgen müßten, an Sonnabenden käme noch die Arbeit der gründlicheren Reinigung der Wohnung hinzu. Alles dies rechtfertige die Forderung des freien Sonnabendnachmittags für die Textilarbeiterinnen; aber auch für die Arbeiter sei die Forderung durchführbar, das beweise die Tatsache, daß bereits heute 800 Betriebe mit 70000 Arbeitern an Sonnabenden zwischen 12 und 2 Uhr schloßen.“

Gegen diese Forderung wenden sich die Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien und der Verband der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe, denen sich neun Firmen in Zittau, Löbau und Reichenau anschließen, ferner der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie und endlich die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Sie führen aus: An Sonnabendnachmittagen sei die Arbeitszeit gegen die übrigen Wochentage bereits um zwei Stunden verkürzt.

Die vom Deutschen Textilarbeiterverband angegebene Zahl der im Hauptberuf tätigen Frauen mit 8,2 Millionen und die Zahl der Verheirateten mit 2,8 Millionen sei irreführend, denn in diesen Zahlen seien die selbständigen und hausgewerbetreibenden Frauen mit enthalten, und hiervon fielen allein 4,6 Millionen auf die Landwirtschaft. Die Zahl der Arbeiterinnen in der Industrie habe 1907 1,4 Millionen betragen. Daß 300 Betriebe mit ungefähr 70000 Arbeitern den Arbeitsfluß an Sonnabenden zwischen 12 und 2 Uhr festgesetzt hätten, könne nicht nachgeprüft werden, da Unterlagen hierfür nicht vorhanden seien; es sei das aber auch belanglos gegenüber 856000 in der Textilindustrie beschäftigten Arbeitern. Die Einschränkung der Arbeitszeit durch die letzte Gewerbeordnungs-Novelle habe der deutschen Textilindustrie außerordentliche Lasten gebracht; nachdem weite Kreise der Textilindustrie von einer schweren Krise heimgesucht seien, sei eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen undurchführbar und könne auch den Arbeitern nicht gewährt werden.

Die Kommission beschloß dementsprechend und beantragt daher: Die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Berlin, den 29. April 1914."

Große und kleine Scharfmacher sind also geschlossen Sturm gelaufen gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. In den ersten Reihen stehen ausgerechnet die Kapitalisten der Branchen und der Orte, wo noch die aller schlechtesten Arbeitsverhältnisse herrschen, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Wir finden da die Arbeitgeber aus den Färbereien, Appreturen und Bleichereien, die Textilherren aus der Oberlausitz, aus Hittau, Löbau und Reichenau, Orte, die wegen so niedriger Löhne berüchtigt sind, daß sie zum Teil die sprichwörtlichen „schleissischen Hungerlöhne“ noch unterbieten. Die kapitalistischen Profiteure bezeichnen die Zahlen der Petition als irreführend. Dort sind aber außer den allgemeinen Zahlen auch die für die reine Industrie angeführt sowie auch die entsprechenden Ziffern für die Textilindustrie im besonderen. In der Petition heißt es: „In der eigentlichen Industrie, ausschließlich Handel und Verkehr, wurden im Jahre 1907 278387 verheiratete Frauen innerhalb der Betriebswerkstätten beschäftigt. Ganz besonders stark ist die Verwendung verheirateter Frauen in der Textilindustrie. Während im Jahre 1882 50085 verheiratete Frauen beschäftigt wurden, waren es 1895 schon 88652 und 1907 war die Zahl auf 118915 gestiegen.“ Dazu müssen noch viele tausend verheiratet gewesener Arbeiterinnen gerechnet werden, Witwen und geschiedene Ehefrauen. Also mit der Zahlenkorrektur der Herren Unternehmer ist es nichts. Weil der Reichstag geschlossen und nicht, wie vielfach, vertagt wurde, kommt die Petition im Plenum nicht zur Verhandlung. Es wird sich aber bei den kommenden Beratungen im Parlament für die Sozialdemokraten Gelegenheit finden, darauf zurückzugreifen. Wie schon oft, so haben sich die meisten bürgerlichen Parlamentarier in der Petitionskommission auch in diesem Falle als Sachwalter der Unternehmerinteressen gefühlt.

Die nächste Betriebszählung wird ein weiteres starkes Anschwellen der Frauenarbeit nachweisen und damit auch eine Zunahme der verheirateten Arbeiterinnen. Damit geht für hunderttausende Arbeiterfamilien die Zerrüttung des Familienlebens einher, die Untergrabung der Gesundheit der Mutter, die Vernichtung ihrer Stillschließlichkeit und Stillschließlichkeit sowie höhere Säuglingssterblichkeit. Die kapitalistischen Knochenmühlen mahlen schnell. Wir werden mit unserer Forderung wiederkommen und die Agitation dafür auf eine breitere Basis stellen. Nicht nur 215000 Unterschriften wollen wir aufbringen, sondern die doppelte und dreifache Zahl. Inzwischen wollen wir unser Bestes tun, um von der Bedeutung unserer Forderung auch die zu überzeugen, die ihr heute noch gleichgültig gegenübersehen. Spannen wir alle unsere Kräfte an, um unsere Berufsorganisation zu stärken. Es ist Pflicht aller organisierten Textilarbeiterinnen, aller Genossinnen, tatkräftig mitzuwirken. In dem Kampfe für den gesetzlich festgelegten freien Sonnabendnachmittag müssen die Frauen und Mädchen an der Spitze marschieren.

**Der Achtstundentag für Arbeiterinnen in Kolumbien** soll durch ein Bundesgesetz vom 21. Februar dieses Jahres eingeführt werden. Das Gesetz legt den Achtstundentag und die 48stündige Arbeitswoche für Arbeiterinnen und weibliche Angestellte aller Art fest, die in industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen wie im Verkehrs- und Transportdienst beschäftigt sind, so daß es auch für Bäckereien, Hotels, für den Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieb gilt. Für weibliche Personen unter 18 Jahren verbietet es strikte jede Nachtarbeit zwischen 6 Uhr abends und 7 Uhr morgens. Jeder Betrieb muß eine Liste über alle Arbeiterinnen führen, die er beschäftigt, die tägliche Arbeitszeit und die Löhne sind darin angegeben. Drei Inspektoren, darunter zwei weibliche,

sollen die Durchführung des Gesetzes überwachen und erhalten zu diesem Zwecke weitgehende Befugnisse den Unternehmern gegenüber. Die Übertretung des Gesetzes wird mit Geldstrafen geahndet, die im Wiederholungsfall rasch steigen.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Drei Frauenlandeskongresse in Oesterreich** haben in letzter Zeit stattgefunden. Alle drei Kongresse standen noch im Zeichen der schweren Wirtschaftskrise, die infolge des Balkankrieges Oesterreich heimgesucht. Sogar in den Alpenländern, wo die weibliche Arbeit in der Industrie keine hervorragende Rolle spielt, sind die Frauenorganisationen in Mitleidenschaft gezogen worden, weil die Arbeitslosigkeit der Männer es den Frauen selbstverständlich schwer macht, Beiträge zu bezahlen. Wenn trotzdem der Mitgliederstand nur wenig gesunken ist, so ist dies der unermüdblichen Arbeit der Genossinnen zu danken. In Vorarlberg fand die Frauenkongress am 8. Mai, in Tirol am 8. Mai statt. An beiden Kongressen nahm Genossin Probst vom Frauenreichskomitee teil, um den Genossinnen Anregungen zu geben und ihren Mut anzufeuern. Am Pfingstsonntag tagte die Frauenlandeskongress für Mähren im Hirnberger Arbeiterheim. Während wir in Tirol und Vorarlberg weniger mit Industriearbeiterinnen für die Organisation zu rechnen haben — von einigen Städten abgesehen, wo die Textilindustrie vorherrscht —, sind es in Mähren fast ausschließlich Fabrikarbeiterinnen, die der politischen Frauenorganisation angehören. Tabakarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen sind hier seit vielen Jahren Anhängerinnen der sozialdemokratischen Partei. 1900 gehören gegenwärtig unserer Frauenorganisation an. Neben erfahrenen, in langen Jahren erprobten Kämpferinnen sind es junge Mädchen, die mit Begeisterung für die Ziele der Sozialdemokratie arbeiten. Aber alle Schwierigkeiten und über alles Elend siegt immer wieder die Zuversicht auf den endlichen Sieg. Furchtbar hat in einigen Orten Mährens die Krise gewütet. Von 40 und 70 Mitgliedern sind nur 8 respektive 8 erhalten geblieben. Wenn der Hunger quält, wenn kein Brot mehr da ist, wenn der Wanderstab ergriffen werden muß, dann versagt auch große Begeisterung. Aber die einmal vom Sozialismus ergriffenen Proletarierinnen lehren zu uns zurück, wenn es in ihrem Dasein wieder Licht wird. Die Frauenkongress verfolgte vor allem den Zweck, den Mut der Genossinnen zu beleben, ihr Selbstvertrauen zu stärken. Und dieser Zweck ist erreicht worden. Es wurden Reserate erstattet über „Unsere nächsten Aufgaben“, über „Die Stellung der Frau im österreichischen Recht“ und über „Die wirtschaftliche Bedeutung politischer Rechte“. Auch auf den Kongressen zeigte es sich, welche großes Interesse die Genossinnen überall der Internationalen Frauenkongress entgegenbringen.

**Von der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Frauenklubs in Holland** geben der Jahresbericht und die Kongress dieser Organisation ein erfreuliches Bild. Im April des laufenden Jahres waren dem Verband 30 Klubs angeschlossen, dazu noch einige Agitationskommissionen. Die Gründung solcher Kommissionen wird von dem Verband für Orte befürwortet, wo noch nicht genügend Kräfte für einen sozialdemokratischen Frauenklub vorhanden sind. Die Agitation der Klubs stand letztes Jahr im Zeichen der Parlamentswahlen. Die politische Schulung der Genossinnen wurde im Hinblick darauf in den Vordergrund gerückt. Der Verband und sein Organ, die „Proletarische Vrouw“, stellten zu diesem Zwecke den Klubs Material zu, mit dem Erfolg, daß die Mitglieder bei den Wahlen gute Arbeit geleistet haben. Die Klubs ersuchten die Parteioorganisationen, denen sie angehören, öffentliche Frauenversammlungen abzuhalten, in denen die Parlamentswahlen im Zusammenhang mit der Forderung des politischen und kommunalen Wahlrechts für das weibliche Geschlecht behandelt werden sollten. Die sozialdemokratischen Organisationen haben fast alle diesem Wunsche entsprochen. Viele öffentliche Frauenversammlungen sind abgehalten worden. Flugblätter, die der Verband herausgab, wurden in 120000 Exemplaren verbreitet. Die „Proletarische Vrouw“ erschien während dieser Kampagne in einer Auflage von 20000 statt von 8500, sie tat bei der Hausagitation gute Dienste. Kurz, alles geschah, um unsere Forderung vor die breitere Öffentlichkeit zu tragen: Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechts durch die neue Verfassung. Auch nach der Wahl wurde die Agitation dafür kräftig weiterbetrieben. Der Verband stellte den Klubs fortlaufend Material über den Stand der Frauenwahlrechtsfrage zur Verfügung, ebenso Material über politische und wirtschaftliche Tagesfragen. So zum Beispiel über die sozialen Versicherungsgegentwürfe der Regierung, über Mutterschaftsversicherung, Frauenarbeit, Frauenbewegung im Ausland, Kinderschutz, Wohnungsfrage, gesetzlichen Arbeiterschutz usw. An Hand dieses Materials erörterten die Klubs in ihren Mitglieder-

versammlungen wichtige Fragen und hielten mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gleichen Schritt.

Auf der Jahreskonferenz erwies sich, daß das vom Verband verschickte Material den Klubs zum großen Nutzen gereicht. 23 Klubs haben im letzten Tätigkeitsjahr 208 Mitglieder- und 42 öffentliche Versammlungen abgehalten, dazu 49 Kursusabende veranstaltet. Der Besuch war im ganzen ein guter. Einige Klubs organisierten außerdem Lesesabende, bei denen 8 bis 10 Genossinnen zusammenkommen, um eine Frage gründlich zu studieren, oder bei denen der erste Einblick in die sozialistischen Ideen gegeben wird. Mehrere unserer Frauenvereinigungen haben Kinderklubs gegründet und hielten Elternabende ab, andere veranstalteten zum 1. Mai, zu Weihnachten usw. ein Kinderfest. Erstrebt wird die Errichtung von Kinderbibliotheken und Bibliotheken für die Genossinnen. Im allgemeinen sind die Mitglieder unserer Klubs arbeitende, kämpfende Genossinnen. Wir verdanken ihnen die erhöhte Auflage der „Proletarischen Frau“. Viele Genossinnen lassen sich persönlich die Verbreitung des Blattes angelegen sein. Die „Proletarische Frau“ erscheint in vergrößertem Umfang und zu ein wenig erhöhtem Preis. Die Zahl der Abonnenten ist auf 7000 gestiegen, die Auflage von 6500 auf 8500. Der Frauentag wurde von 70 Partiorganisationen begeben. Es wurden Flugblätter verbreitet, die „Proletarische Frau“ erschien in Festschmuck in einer Auflage von 20000; der Verband stellte den einzelnen Orten einen Vortrag über die Bedeutung der Veranstaltung und der Forderung des Frauenwahlrechts zur Verfügung. So wurde es möglich, den Frauentag mit Erfolg auch dort abzuhalten, wo es an rednerischen Kräften mangelte. Die Preßkommission des Verbandes hat gute Arbeit geleistet. 22 Gewerkschafts- und 14 Parteiblätter haben alle 14 Tage die Artikel aufgenommen, die die Kommission ihnen zuschickte.

Die Jahresversammlung des Verbandes war fast von allen Klubs mit Delegierten besetzt. Die Schriftführerin hielt ein Referat über die Fragen, die auf der Tagesordnung der Internationalen Frauenkonferenz zu Wien stehen, um das Interesse dafür zu wecken. Genossin Tilanus behandelte den Stand des allgemeinen Frauenwahlrechts. Die bisherige Redaktion der „Proletarischen Frau“ und des Kinderblatts wurde einstimmig wieder mit diesem Amte betraut. Kleine Wünsche über unser Organ kamen zum Ausdruck, im großen ganzen aber liebt man es gern. Die Konferenz zeigte, daß die Erkenntnis, die Kampfeskraft und das Selbstbewußtsein der sozialdemokratischen Frauen gewachsen ist. Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat die Frauenklubs und ihren Verband als Parteiinstitutionen anerkannt und der Gesamtpartei angegliedert. Damit ist ein lange gehegter Wunsch der Klubs endlich erfüllt worden. Die Mitglieder der Klubs sind ja alle Parteigenossinnen, die ihre Hauptaufgabe in der sozialdemokratischen Propaganda unter den Frauen erblicken, weil diese Agitation bitter not tut. Nun sind unsere Propagandainstitutionen von der Partei als die ihrigen anerkannt worden. Künftig wird der Jahresbericht unseres Verbandes dem allgemeinen Parteibericht für den Parteitag eingefügt. Dem Verband steht auf den Jahrestagungen der Partei das Recht der Diskussion hierüber zu. In den „Parteitagen“ entsendet er zwei Vertreterinnen. Das Arbeitsfeld der Klubs und des Verbandes wird nächstes Jahr von der Partei festgelegt. Wie gesagt, entspricht diese Regelung dem Wunsch der sozialdemokratischen Frauenklubs. Ihre Arbeit wird nun als allgemeine Parteiarbeit gewürdigt. Diese Anerkennung muß die Arbeits- und Kampfesfreudigkeit der sozialdemokratischen Frauen anfeuern und die Energie ihrer Agitation unter den proletarischen Frauen steigern. H. A.

### Frauenstimmrecht.

Ein fortschrittlicher Frauenstimmrechtsverbändler gegen das Frauenstimmrecht. Es ist faßsam bekannt, wie es mit dem Kampf für das Frauenwahlrecht seitens seiner bürgerlichen Befürworter steht. „Worte, nichts als Worte!“ heißt es bei Shakespeare. Diese festen Herrschaften haben die Lösung des Frauenstimmrechts auf ihr Fähnlein geschrieben, um durch Vorpiegelung falscher Tatsachen neuen Zug in ihr Lager zu gewinnen. Im übrigen scheeren sie sich den Teufel um diese lodende Aufschrift. Wo es gilt, Farbe zu bekennen, da verleugnen auch die fortschrittlichen Frauenstimmrechtsfreunde ihr Ziel mit einem Mut, der ihnen sonst in politischen Dingen abgeht. Ehe denn der Hahn dreimal kräht, schlagen sie ebenso oft ihre Grundsätze in den Wind und stimmen öffentlich dagegen, ohne daß ihnen nur die Schamröte ins Gesicht steigt.

Einen neuen schlagenden Beweis dafür brachte vor kurzem eine umfangreiche Wahlrechtsdebatte in der Bremer „Bürgerchaft“, dem Stadtparlament dieser freien Hansestadt. Dort halten unsere Vertreter am 22. Mai den Antrag gestellt, für die Kommunal-

wahlen das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen, und zwar für alle 20 Jahre alten Männer und Frauen. Den Bürgerlichen, insbesondere den Fortschrittlichen, war dieser Antrag überaus peinlich. Sie mußten Stellung nehmen zu einer Forderung, die den konsequenten Grundsätzen der Demokratie entspricht. Und was ist für einen Fortschrittler unangenehmer, als zu den demokratischen Prinzipien stehen zu sollen? Genosse Baigand begründete den Antrag unserer Parteigenossen und insbesondere die Forderung auf Einführung des Frauenstimmrechts mit den durchschlagendsten Beweisgründen, die jeder sozialistischen Proletarierin geläufig sind. Unter anderem erwähnte er, daß der sozialistischen Gruppe der Bürgerchaftsvertreter eine Petition des Vereins für Frauenstimmrecht zugegangen sei. „Die Frauen“, so erklärte er, „haben erkannt, daß sie nicht nur als Mütter, sondern auch im wirtschaftlichen Leben von ungeheurer Bedeutung sind, und daß sie ihre Rechte im Staate wahrnehmen müssen.“ In der folgenden Debatte machte ein bürgerlicher Reaktionär reinsten Wassers seinem gepreßten Herzen Luft durch einen ebenso klugen wie törichten Angriff gegen jede Frauenbewegung überhaupt. Die bürgerliche Frauenbewegung, der Mütterchutz und dergleichen seien wenigstens nur unsittlich, aber die sozialistische Frauenbewegung — o Graus! — sei revolutionär und staatserschütternd. Nur von tatkräftigen Männern, so schloß er, kann der Staat regiert werden. Darauf trat der Fortschrittler Hornmann auf den Plan. Dieser Herr, Mitglied des Frauenstimmrechtsverbandes, stellte zu dem sozialistischen Wahlrechtsantrag den Abänderungsvorschlag, die Worte „und Frauen“ zu streichen! Aus dem Munde eines Frauenstimmrechtlers ein öffentlicher Antrag gegen das Frauenstimmrecht — kann die Frauenwahlrechtsfreundschaft der Fortschrittler noch treffender gekennzeichnet werden? Herr Hornmann gehört dem Vorstand der Ortsgruppe Bremen des Frauenstimmrechtsverbandes an. Was wird diese Organisation angesichts dieses Verhaltens tun? Herrn Hornmann vielleicht einen Vorberberkranz stiften?

Hier zeigt sich wieder einmal handgreiflich: die Frauenwahlrechtsparole des bürgerlichen Liberalismus ist nichts anderes als ein weifenloses Angstprodukt vor dem revolutionären Sozialismus. Und ein Angstprodukt ist auch der Verrat an dieser Parole. Die bürgerlichen Frauenstimmrechtsdamen aber können das nicht sehen oder wollen es nicht sehen.

### Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Anstellung zweier Frauen in der städtischen Armenverwaltung Berlins ist endlich von der Stadtverwaltung nach langwierigen Kämpfen und Widerständen beschlossen worden.

Weitere staatliche Wohnungspflegefrauen im Königreich Sachsen hat die Regierung in den Amtshauptmannschaften Stollberg und Rochlitz angesetzt. Für Dresden-Stadt, Schwarzenberg und Marienberg ist die staatliche Genehmigung zur Anstellung solcher weiblichen Beamten erteilt worden.

Eine Frau als stellvertretende Vorsitzende im Stadtrat der dänischen Hauptstadt Kopenhagen wurde bereits zum zweiten Male gewählt.

Wir empfehlen in einfacher, guter Ausstattung

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1912/1913

und zwar Decken für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen sowie Decken für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben. Vollständig gebundene Jahrgänge der Gleichheit und der Kinderbeilage sind vorrätig. Preis zusammen 4 Mark. Bestellungen nehmen die Austrägerinnen der Gleichheit sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909, 1909/1910, 1910/1911, 1911/1912. Preis je 1 Mark. Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zeitlin (Zunzel), Wilhelmshöhe, Post Ziegelhof bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. D. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.